Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 33. Montag, den 9. Februar 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die neuen Monarchen.

In alten Zeiten waren es die Könige, die durch das Bestreben, ihre Hausmacht zu stärken und ihren Länderbesitz zu vermehren, die Ruhe der Welt störten. Heute ist die Monarchie aus zahlreichen Ländern verschwunden, in anderen ist sie aufs Altenteil gesetzt, im besten Falle ist sie durch die vordringende Demokratie in eine innere Abwehrstellung gedrängt und findet dabei kaum Zeit, an Eroberungspläne zu denken.

An die Stelle der Könige von Geburt sind die Könige des Geldsacks als Unruhestifter getreten. Ihre Agenten wirken in allen Ländern gleich den Diplomaten der alten Schule mit List und Intrige, mit rollenden Rubeln und Louisdors, mit Bestechung und Verleitung zum Verrat. An den Krupp-Skandal, der in der ganzen Welt Staub aufwirbelte, reihte sich — wenig bemerkt — der Ehrhardt-Skandal, die kriegsgerichtliche Verurteilung des in Ehrhardts Diensten stehenden Kapitäns a. D. v. d. Goltz wegen Verleitung eines aktiven Kameraden zur Auslieferung militärischer Geheimnisse. Zu gleicher Zeit wurde das ferne Japan in leidenschaftliche Bewegung gebracht durch den Berliner Expresserprozeß Richter, in dem die Bestechung hoher japanischer Beamten durch die Firma Siemens-Schuckert festgestellt wurde. Kurz zuvor hatte eine neue Mannesmann-Affäre Spanien in Aufregung versetzt: da hatte die Firma Mannesmann dem Königreich Spanien von Macht zu Macht seine Vermittlung zwischen der spanischen Regierung und den aufständischen Stämmen Nordmarokkos angeboten und dabei Vorschläge gemacht, die geradewegs auf die Gründung eines Königreichs Mannesmann in Nordmarokko hinausliefen. Dann kam die tragikomische Putiloff-Affäre, die von Frankreich über Deutschland nach Rußland hinüberspielte und die damit endete, daß der Russe durch die Drohung mit dem Deutschen dem Franzosen eine Fünfzigmillionenanleihe abpreßte. Das Allerneueste auf diesem Gebiete aber ist ein zweiter Fünfzigmillionenkrieg zwischen Krupp und Schneider-Creuzot, dessen Schauplatz zur Abwechselung nicht Rußland, sondern die Türkei ist.

Das „Echo de Paris" droht der Türkei mit der Sperrung des Kredits, weil sie bei Krupp für 50 Millionen Kriegsmaterial bestellt habe. Das französische Blatt spricht von einer Herausforderung Frankreichs und erblickt in neuen türkischen Rüstungen eine Bedrohung des Weltfriedens. Der „Berliner Lokalanzeiger" ist wahrscheinlich im Recht, wenn er meint, die Gefahr für den Weltfrieden werde vom „Echo" nur dann entdeckt, wenn die Kanonen statt in Frankreich in Deutschland bestellt werden. Wenn er aber das „Echo de Paris" das bevorzugte Organ der französischen Firma Schneider-Creuzot nennt und darauf hinweist, wie die Treibereien der französischen Presse tatsächlich doch nur Privatinteressen verfolgten, so erstaunt man über solche Kühnheit. Alle Welt weiß, daß die deutsche Firma Krupp erst kürzlich schwere Millionen drangewendet hat, um sich im Scherl-Verlag festzusetzen. Alle Welt weiß auch, daß der „Lokalanzeiger", wie die meisten bürgerlichen Blätter, nicht von Privatinteressen, sondern von „wichtigen nationalen Interessen" zu sprechen pflegen, wenn die Geschäfte von Krupp oder einer anderen deutschen Großfirma in Frage stehen. Es gibt in Deutschland zweifellos mehr Zeitungen, die kruppoffiziös sind als solche, die bethmannoffiziös wären, und mancher Redakteur wird eher ein paar kräftige Bemerkungen über das Haus Hohenzollern riskieren, als daß er sich, sei es auch nur mit bescheidenen Bedenken, an das Haus Krupp heranwagte.

Das überströmende Machtgefühl des Hauses Krupp ist auch kürzlich wieder in einer Kaisergeburtagsrede des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zum Ausdruck gekommen, deren interessanter Text erst einige Tage später in der Presse veröffentlicht wurde. Wie die anderen Großen der Welt, die sich vom Umsturz bedroht fühlen, hat auch der Prinzregent des Essener Erzhauses gegen die Sozialdemokratie polemisiert, „die Partei, deren Gegnerschaft uns stets ehrenvoll sein wird". Dann feierte Berta Krupps Gatte die Firma als ein „Bollwerk der individualistischen Wirtschaftsordnung" und schloß mit der Versicherung:

> Was meiner Frau und mir durch die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu eigen gegeben ist, das betrachten wir als ein anvertrautes Gut, das unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls zu verwalten unsere höchste Ehrenpflicht ist. Mein Ehrgeiz geht dahin, daß wir .... das anvertraute Werk in seiner Größe und Stellung im deutschen Wirtschaftsleben, soweit menschliche Kräfte reichen, erhalten, aber auch — eines ist nicht ohne das andere möglich — in voller Freiheit und unbedingter Unabhängigkeit.

Die absoluten Monarchen nannten sich die ersten Diener des Staates, was sie freilich nicht hinderte, rücksichtslose Despoten zu sein. Und auch sie verteidigten und verteidigen, wo sie es können, auch jetzt noch ihre „Freiheit und Unabhängigkeit", die nicht „unter sozialdemokratischen Zwang" gestellt werden dürfe. An der Kommandogewalt darf nicht gerüttelt werden! Wie in Berlin, so ist es in Essen. Wie in Essen, so ist es in Berlin.

Nur daß die neuen Monarchen, wie schon gesagt, durch ihren Eroberungsdrang gefährlicher sind als die alten. Diese neuen Monarchen sind überall zu Hause, auch in den Republiken, sie haben in allen Welthändeln ihre geschäftigen Finger, ihren Interessen zu dienen, ist „nationale", ist „patriotische" Pflicht. Sie entfachen internationale Preßhetzen und stellen die Diplomatien ihrer Vaterländer in ihren Dienst. Der Zeitungskrieg zwischen den beiden Kanonenkönigen Schneider und Krupp bietet ein neues Beispiel dafür, eines von vielen.

Mißtrauische Leute könnten freilich auf den Gedanken kommen, daß der ganze Lärm verabredet sei. Erst streitet man sich, wer die 50 Millionen für die türkischen Kanonen bekommt; dadurch verschärft man den deutsch-französischen Gegensatz und schafft Stimmung für Neubewaffnungen. Zum Schluß bestellt Frankreich für ein paar hundert Millionen neue Geschütze bei Schneider, und Deutschland macht es bei Krupp ebenso.

Es mag sein, daß die Kabinettspolitik der neuen Monarchien zu solchen Künsten noch nicht gediehen ist, aber treibt man es auch nicht bewußt, so bleibt die Wirkung doch dieselbe. Das Endresultat ist stets, daß immer mehr Geld Kulturzwecken entzogen und zur Schaffung von Zerstörungsmitteln verwendet wird. Alle Völker der Erde keuchen unter dem Druck dieser Despotie, die erst ein Ende finden kann durch den radikalen Umsturz des neuen Monarchentums von Geldsacks Gnaden und die Etablierung der Volksherrschaft über die Volkswirtschaft. Demokratie in der Wirtschaft aber ist Sozialismus!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Kalidebatte im Reichstage.

Es ist Sonnabend im Verlauf der Erörterung im Reichstag die sehr richtige Bemerkung gemacht worden, daß die Reformbedürftigkeit des Kaligesetzes sich schon an der Ausdehnung der Debatten zeige, die jedes Jahr über diesen Gegenstand stattfinden. Von allen Seiten wird auch die Notwendigkeit der Abänderung des gegenwärtigen Gesetzes zugestanden, und selbst die Regierung hat die baldige Vorlegung einer Novelle in Aussicht gestellt. Freilich nicht zum erstenmal. Genosse Sachse, der als erster Redner zu Wort kam, wies gerade daraufhin, daß das frühere Versprechen seiner Erfüllung noch immer harrt, und er sprach die Vermutung aus, daß die Syndikatsherren diesen langen Aufschub wünschen und durch ihren Einfluß vielleicht auch erreicht haben. Die Mangelhaftigkeit des Gesetzes zeigte unser Redner namentlich an einigen besonders markanten Beispielen, aus denen hervorgeht, wie leicht es zu umgehen ist. Besonders auffallend sind hierbei Verträge, wie sie etwa von der Verwaltung eines dem Herzog von Gotha gehörigen Werks mit Anhalt abgeschlossen worden sind. Daß das künftige Gesetz die Arbeiterinteressen gegenüber dem Syndikat schützen muß, geht mit aller Deutlichkeit aus den Darlegungen hervor, die der sozialdemokratische Redner von den jetzigen Übungen gegeben hat. Der Etat sieht übrigens eine Erhöhung der Propagandagelder um 900 000 Mk. vor, die von Sachse mit dem Hinweis darauf bekämpft wurde, daß keine Klarheit über die früher schon oft kritisierte Verwendung dieser Gelder gegeben sei. Der Unterstaatssekretär Richter trat natürlich für die Forderung des Etats ein, und er wandte sich auch gegen die Kritik, die vom sozialdemokratischen Redner an den sehr zweifelhaften Verträgen geübt worden war. Er mußte aber zugeben, daß sie aus der unklaren Fassung des Gesetzes heraus möglich sind, und er versprach denn wiederum die baldige Einbringung einer Novelle.

Die übrigen Parteien traten alle für die Beteiligung der erhöhten Propagandagelder ein, und zwar mit Rücksicht auf das Bedürfnis nach einem größeren Auslandsabsatz. Allerdings mußten sie alle auch zugeben, daß die Verwendung dieser Gelder einer geeigneten Kontrolle unterworfen werden müsse. Das sprach zuerst Herr Kriz vom Zentrum aus und später mit größerer Schärfe der Fortschrittler Gothein, der dabei freilich den sehr anfechtbaren Vorschlag machte, die Verwendung der Gelder selbst dem Reich aus der Hand zu nehmen und dem Syndikat zu übergeben. Der Nationalliberale Dr. Baerwinkel beantragte sogar die für Ausstellungszwecke in San Franzisko besonders vorgesehenen 500 000 Mk. dem allgemeinen Fonds für Auslandspropaganda zuzufügen. In demselben Sinne sprach sich auch der konservative Redner Herr v. Brockhausen aus, ebenso wie der Nationalliberale Herr Stoeve. Herr Erzberger vom Zentrum sagte einiges über Beschwerden, die der Reservefonds dem Kalisyndikat bereite; — im übrigen verlangte er, daß die Gesetzesbestimmungen so präzis und streng gefaßt werden, daß eine Umgehung und Umdeutung nicht möglich ist.

Trotz einer Verwahrung des Unterstaatssekretärs klagte Herr Dr. Haegy noch über das Vorgehen der Revisionsinstanz. Die Abstimmungen finden am Montag statt vor Weiterführung der Spezialdebatte des Etats.

Der Marine-Etat in der Budgetkommission des Reichstags.

Der erste Versuch, aus der Erklärung des Staatssekretärs v. Tirpitz über die Entspannung des deutsch-englischen Verhältnisses die praktischen Konsequenzen zu ziehen, wurde am Freitag bei der Weiterberatung des Marine-Etats von der Kommission zurückgewiesen, indem sie den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung von 281 neugeforderten Artilleriepersonalstellen ablehnte. Ja, sie ging noch einen Schritt weiter, indem sie die im Vorjahre abgelehnten Mehrforderungen für Offiziers-Zulagen in Höhe von 3¼ Millionen Mark anstandslos bewilligte.

Das starke Interesse der bürgerlichen Klasse an der Flotte fand bezeichnenden Ausdruck in zahlreichen Beschwerden von Handelskammern, Wirtschaftskorporationen und Weinhändlern darüber, daß süddeutsche Firmen bei Lieferungen für die Marine nicht genügend berücksichtigt worden seien. Die Erörterung dieser Beschwerden rief eine große Lieferungs- und Schmiergelderdebatte hervor. Von verschiedenen Seiten wurde Material herbeigetragen zum Beweis dafür, daß der Bachschisch nicht bloß bei der Kölner Polizei, sondern auch bei der Marineverwaltung eine interessante Rolle spielt. Noske erinnerte an den Krupp-Prozeß und wies auf gravierende Tatsachen hin, die der Magdeburger Schmiergelderprozeß zutage gefördert hat. Von Kieler Firmen werde lebhaft Klage darüber geführt, daß ehemalige Offiziere und Marinebeamte als Vertreter von Großfirmen diesen mit Hilfe ihrer guten Beziehungen die Aufträge zuschanzen. — Erzberger (Ztr.) bestätigte aus seinen in der Rüstungskommission gewonnenen Erfahrungen, daß es in der Industrie üblich sei, frühere Marineoffiziere anzustellen, um Aufträge von der Marine zu erhalten. Daß die Heeresverwaltung den Privatfirmen die Verwendung pensionierter Offiziere empfehle, fordere Bedenken heraus und müsse in der Oeffentlichkeit begreifliches Mißtrauen erregen. Mit feierlichen Erklärungen verwahrte sich Staatssekretär v. Tirpitz gegen den Verdacht, daß auch Offiziere für Schmiergelder nicht unzugänglich seien; in dem im Krupp-Prozeß zur Sprache gekommenen Falle habe es sich um Trinkgelder in geringer Höhe und untergeordnete Angestellte gehandelt, bezüglich des im Magdeburger Prozeß aufgedeckten Falles sei durch Stellung eines Strafantrags gegen den Schuldigen bereits eingeschritten worden. Die Marineverwaltung sei entschlossen, den Offizieren jeden Verkehr mit Lieferanten generell zu verbieten und im übrigen unnachsichtlich jeden Fall von Unredlichkeit im geschäftlichen Verkehr zu verfolgen.

Die Frage der Oelfeuerung, die hierauf angeschnitten wurde, ist nach den Aufschlüssen, die der Staatssekretär über das Resultat der angestellten Versuche gab, noch nicht in das Stadium gelangt, daß eine abschließende Beurteilung möglich wäre. Sind die gewonnenen Erfahrungen vorläufig auch nicht voll befriedigend, so werde doch die Zukunft voraussichtlich den Oelmotoren gehören. Damit werde, wie von sozialdemokratischer Seite betont wurde, eine totale Umwälzung im Kriegsschiffsbau herbeigeführt und eine ungeheure Steigerung der Marinelasten unvermeidlich werden. Um über die Beschaffung des Oels und die auf dem Gebiete der Oelproduktion herrschenden Monopolbestrebungen Auskunft zu erhalten, soll das Auswärtige Amt zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Die gefälschten Futtermittel.

Einen „offenen Brief" an den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Gutsbesitzer Hofer-Pleinlauken veröffentlicht der Geschäftsführer des Bundes der Landwirte für die Provinz Ostpreußen, Haupt, in der konservativen „Ostpreußischen Zeitung". Danach soll Genosse Hofer in der Landtagssitzung vom 21. Januar gesagt haben, die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte in Johannisburg habe nach Zeitungsmeldungen den Bauern gefälschte Futtermittel verkauft. Diese Behauptung sei erfunden. Es gebe in Johannisburg keine Verkaufsstelle des Bundes der

Landwirte, es seien niemals von einer Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte gefälschte Futtermittel verkauft worden und die betreffende Behauptung sei auch nicht durch die Presse gegangen. Formal ist das vielleicht zutreffend, aber die Bauern sind doch betrogen worden und zwar von der Masurischen Landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaft, die den Agrariern und damit auch dem Bund der Landwirte durchaus nicht fernstehen dürfte. Die Genossenschaft hatte stark mit Sand durchsetzte Leinkuchenmehle verkauft und auf ihrem Speicher waren Haferspelzen in Gerstenschrot eingemischt und als vollwertig verkauft worden. Als das die Aufsichtsorgane der Genossenschaft für unwahr erklärten, beschuldigte Winterschuldirektor Kreschowski den Direktor der Genossenschaft Mickley der unreellen Handlungsweise, und als es nun zu einer Beleidigungsklage kam, sagten vor Gericht drei Speicherarbeiter der Genossenschaft unter ihrem Eide aus, Direktor Mickley hätte sie beauftragt, Reiskleie, Hirsekleie, Gerstenkleie in Roggen- und Weizenkleie bezw. Getreideschrot einzumengen und dieses Gemenge wäre als Gerstenschrot an die Kunden abgegangen. Weiter sagte ein Zeuge, Direktor Mickley hätte befohlen, schweres weißes Mehl in Kleie zu mengen. Nach diesen Aussagen stellte das Schöffengericht fest, daß der Wahrheitsbeweis für das behauptete unreelle Geschäftsgebaren erbracht sei.

Ueber Klassenjustiz darf nicht gesprochen werden.

Die Fiktion des „Rechtsstaates" kann nur aufrecht erhalten werden, wenn die Kritik an der „Rechtsprechung" verhindert wird. Der Liberalismus hat sich deswegen eine zweite Fiktion zurechtgemacht: Die Unabhängigkeit der Justiz! Ursprünglich, als der Liberalismus noch in der Opposition war, mag er die Forderung ernsthaft gemeint haben; da waren die meistens dem liberalen Bürgertum entstammenden Richter seine Leute, und unabhängige, das heißt nicht von oben her zu beeinflussende Gerichte bildeten eine gewisse Garantie gegen allzu dreiste Uebergriffe der reaktionären Mächte. Mit der Zeit bekam jedoch das Bürgertum einen Anteil an der Herrschaft im Klassenstaat. Zum Klassenstaat gehört aber selbstverständlich auch die Klassenjustiz, und diese wird ebenso selbstverständlich im Interesse der Herrschenden gegen die Beherrschten, nämlich das Proletariat, gehandhabt. Seitdem hat der Satz von der Unabhängigkeit der Justiz einen andern Sinn bekommen. Die Justiz darf nicht kritisiert werden — von den Beherrschten! Daß es in der Presse oder sonstwie in der allgemeinen Oeffentlichkeit nicht geschieht, dafür sorgen die schweren Strafen, die wegen Richterbeleidigung verhängt zu werden pflegen. Aber auch von der Parlamentstribüne herab soll die Kritik nicht laut werden; dagegen hat man die Geschäftsordnung! Die Justiz ist wirklich unantastbar und unabhängig von jeder Rücksicht auf die Stimme des Volkes. Die Verhandlung im preußischen Abgeordnetenhaus am Sonnabend beweist es dem, der etwa anderer Meinung sein mochte.

Der Sitzungsbericht (auf den wir morgen zurückkommen) gibt Einzelheiten über wiederholte Zusammenstöße der sozialdemokratischen Abgeordneten mit dem Präsidium und mit dem bürgerlich-feudalen Block bei den Verhandlungen über den Justizetat. Es findet sich in demselben folgender Satz:

> Nach weiterer erregter Geschäftsordnungsdebatte beschließt das Haus, den Abg. Braun über Klassenjustiz nicht sprechen zu lassen.

Damit ist die Unantastbarkeit der Justiz „festgestellt" — vom preußischen Dreiklassenhaus. Es gibt keine Klassenjustiz, denn es darf nicht davon gesprochen werden.

Der Liberalismus ist in dieser Hinsicht mit den Junkern und Pfaffen vollkommen eins.

Wir wissen also jetzt: Daß wir in einem Rechtsstaat leben, kann nicht angezweifelt werden, denn — über Klassenjustiz darf nicht gesprochen werden. Laut Beschluß des preußischen Abgeordnetenhauses vom 7. Februar 1914.

Rückwanderung von Landarbeitern.

Infolge der starken Arbeitslosigkeit hat der ostpreußische landwirtschaftliche Zentralarbeitsnachweis in Berlin Umschau gehalten nach arbeitslosen Ostpreußen, um sie zu veranlassen, wieder Landarbeiter zu werden. Wie es heißt, sollen sich viele Ostpreußen und auch Nichtostpreußen bereit erklärt haben, Arbeit in der Landwirtschaft anzunehmen. Fraglich ist aber, ob die Agrarier die Arbeitskräfte nehmen werden. Sie jammern wohl über die Leutenot, beschäftigen aber lieber die billigen und bedürfnislosen Russen und Galizier, und zur Erntezeit wird ihnen ja außerdem noch das Militär zur Verfügung gestellt.

Die Wahl in Offenburg-Kehl.

Der sozialdemokratische Wahlvorstand des Wahlkreises Offenburg-Kehl hat einstimmig beschlossen, den Kandidaten der nationalliberalen Partei Stadtrat Koelsch, der wie im Jahre 1912 die von sozialdemokratischer Seite verlangten Stichwahlbedingungen anerkannt hat, in der Stichwahl mit allen Kräften zu unterstützen. Wie jetzt bekannt wird, soll die Stichwahl voraussichtlich erst am 14. Februar stattfinden.

Hilfe für Herrn Liebert.

Die ultramontane „Sächsische Volkszeitung" befaßt sich mit der bevorstehenden Reichstagsersatzwahl im 14. sächsischen Wahlkreis. Das Blatt malt die ganze Größe der Gefahr, die darin liegt, daß der Kreis an die Sozialdemokratie verloren zu gehen droht. Dem Zentrum liege aber daran, daß Herr von Liebert gewählt wird, und deshalb werde von einer besonderen Zentrumskandidatur abgesehen und die Zentrumswähler sind angewiesen, gleich im ersten Wahlgang für Liebert zu stimmen. Das Zentrum erweist sich damit als uneigennützig selbstlos. Vor einigen Jahren hat der Geschäftsführer des Liebertschen Reichsverbandes, Dr. Bovenschen, an einen Zentrumsmann — dessen Parteistellung er natürlich nicht kannte — geschrieben: wenn der Reichsverband die Sozialdemokratie überwunden habe, dann käme das Zentrum an die Reihe, und im Reichstage hat Herr v. Liebert gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes gestimmt. Viel kann diese Hilfe für Liebert freilich nicht bedeuten, denn das Zentrum erhielt bei den letzten Wahlen in diesem Kreise ganze 50 Stimmen.

„Gebaut wird er doch — nicht!"

Der ziemlich in Vergessenheit geratene Kampf Wilhelms II. gegen die „Kanalrebellen" — die junkerlich-agrarische Sippe, die einen brauchbaren Kanal nicht haben wollte, damit nicht fremdes Getreide zu billigen Frachtsätzen ins Land komme — wird wieder in Erinnerung gerufen. Der Preußenkönig erklärte: „Gebaut wird er doch!" Die Preußenjunker aber entgegneten: „Gebaut wird er doch nicht!" Selbstverständlich behielten die Junker recht. Der preußische Minister Breitenbach erklärte in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses auf eine Frage hinsichtlich der Fortsetzung des Mittellandkanals von Hannover nach der Elbe, daß das Wassergesetz von 1905 ein Kompromiß zwischen der Staatsregierung und dem Landtag sei und daß deshalb die Regierung zurzeit zu einer Fortsetzung des Kanals eine veränderte Stellungnahme nicht einnehmen könne. Überhaupt müsse auch die Wirkung des Kanals auf das Eisenbahnwesen abgewartet werden.

Das Sicherheitsventil.

In diesen Tagen wird so recht sinnenfällig, weshalb der Reichstag bei der Bewilligung der nationalen Wehrsteuer ein Sicherheitsventil, genannt Generalpardon, offen ließ. Er kannte schon seine Pappenheimer, die sich immer stolz auf das Bibelwort stützen: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist. Bisher hatten sie dem nur dann gegeben, wenn die anderen es bezahlten. Sie selbst heben sich in geradezu skandalöser Weise vom Zahlen gedrückt. Wie ungeheuerlich die Steuerbetrügerei der Besitzenden gewesen ist und noch ist, kann man jetzt jeden Tag lesen. Das Sicherheitsventil für den bedrohten Geldbeutel, der Generalpardon für hinterzogene Vermögenssteuern, deckt eine saubere Korruption auf. Die wenigen Orte, aus denen schätzungsweise die bisher der Steuer hinterzogenen Vermögen bekannt wurden, lassen darauf schließen, daß „unsere bewährte Wirtschaftspolitik" — um mit den Ministern und ihren Trabanten zu reden — den Besitzenden viel größere Reichtümer zuschanzte, als man bisher annahm. In Frankfurt schwollen die Vermögen um 300 Millionen, in Hannover um 200, in dem kleinen Eisenach um 10 Millionen Mark an. Und so geht es weiter.

Recht begreiflich, daß diese unangenehmen Tatsachen der liberalen Presse Bauchkneifen verursachen. Aber sie kann sich trösten: Im Steuerbetrügen bleibt es sich gleich, ob der Kapitalist agrarischer oder industrieller Couleur ist. Weil beide Sorten aber fest am Bibelworte halten: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist! haben Agrarier und Industrielle gemeinsam dafür gesorgt, daß durch die Auskunftspflicht des Unternehmers der Arbeiter keine Steuern hinterziehen kann.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer

wurden die Anträge auf Erhöhung des Zolls auch für Futtergerste mit großer Mehrheit angenommen. Auch ein Teil der Liberalen stimmte dafür. Der Finanzminister äußerte sich zu den Zollwünschen ausweichend; die Frage würde gegenwärtig untersucht. Genosse Gentner, selbst ein Gerstenbauer, bezeichnete die Zollanträge als Blendwerk und schlug eine Reihe von Schutzmaßnahmen für die Gerstenbauern vor. Namentlich verlangte er auch Hilfe gegen die Treibereien des Brauereiringes. Auffälligerweise habe gerade der Zentrumsredner die Brauer heute verteidigt. Genosse Gentner erwähnte dabei die höchst merkwürdige Tatsache, daß der zweite Vorsitzende der Brauervereine, ein Zentrumsabgeordneter, Malzfabrikant sei, also gegen die Gerstenbauern interessiert ist.

Am Schluß gab es heute eine sehr lustige Friedensszene. Seit zwei Jahren leben die Liberalen mit dem Zentrumsdemagogen Held im Krieg, der so hitzig geführt wird, daß die Liberalen den schwarzen Kollegen parlamentarisch boykottieren, seinen Namen niemals aussprechen und in persönlichen Unterhaltungen das Wortgefecht bis zu Ausdrücken wie „Lausbub" steigern. Den Anlaß zu diesem Kriege gab eine Versammlungsäußerung Helds über die Liberalen. Am Freitag trat nun Herr Held auf und erklärte feierlich, jene Aeußerung mit Bedauern zurückzunehmen, worauf Professor Günther namens der Liberalen gerührt die Angelegenheit für erledigt erklärte. Der Grund dieses Friedensschlusses liegt darin, daß die Rechtsliberalen Anschluß an das Zentrum suchen und daß sie darum dem Zentrum den Liebesdienst erwiesen, Herrn Held aus der Acht zu befreien, damit er als Fraktionsvorsitzender der Zentrumspartei möglich wird. Das Zentrum will nämlich Herrn Held als Nachfolger Lernos zum Vorsitzenden machen, vielleicht um ihn, der oft den wilden Mann spielt, durch diese Würde zu zähmen und zu lähmen.

Rußland.

Prozeß der Seeleute der Schwarzmeerflotte Wie aus Odessa berichtet wird, sind in dem dortigen Hauptgefängnis über 100 Personen, meist Matrosen, interniert, die laut Art. 102 des Strafgesetzbuches (Umsturz der bestehenden Staatsordnung) zur Verantwortung gezogen werden. Sämtlichen Angeklagten wird die Zugehörigkeit zum Verband der Seeleute der Schwarzmeerflotte (einem geheim existierenden, weil von den Behörden nicht genehmigten) Fachverband zur Last gelegt. Außer den verhafteten Seeleuten sind in demselben Prozesse angeklagt: der Redakteur des Fachorgans „Der Seemann", Genosse K. Adamowitsch, der in Alexandrien verhaftet, schmählicher Weise an Rußland ausgeliefert wurde; ferner die aus der administrativen Verbannung zurückgeholten: Dr. A. Joffe, Dr. N. Rabinowitsch, N. Jakowlew u. a. Die Verhandlungen in dem Prozeß sind für de nMärz angesetzt. Sämtlichen Angeklagten droht der Verlust aller Rechte und Zwangsarbeit von 4 bis 15 Jahre.

Finnland.

Eröffnung des Landtags. Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Am 3. dss. Mts. erfolgte die Konstituierung des finnischen Landtags in Helsingfors. Zum Landtagspräsidenten wurde der Jungfinne, Professor K. J. Stahlberg gewählt. Er erhielt im ersten Wahlgange die Mehrheit — 102 Stimmen. — Gemäß dem Parteitagsbeschluß von 1913 stellte die sozialdemokratische Fraktion keinen eigenen Kandidaten für den Präsidentenposten auf. Sie gab bei dieser Wahl weiße Zettel ab. Dagegen erhob die Fraktion auf den Platz des ersten Vizepräsidenten Anspruch und stellte die Kandidatur des Genossen Oskar Tokoi auf, der im vorigen Landtage das Amt des Präsidenten bekleidete. Genosse Tokoi wurde mit 123 Stimmen gewählt. Den Platz des zweiten Vizepräsidenten erhielt der Altfinne Lauri Ingman mit 82 Stimmen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion konstituierte sich am selben Tage. Die Genossen Tokoi und Wainö Tanner wurden in das Präsidium gewählt und als Sekretäre die Genossen O. Lylykorpi und A. Huotari.

Schweden.

Ein Nachspiel zur schwedischen Bauernparade. Die Sitzung des Reichstages am Sonnabend stand ganz unter dem Eindruck der Rede des Königs an die Bauern Schwedens. Die Debatte über die Zivilliste eröffnete als sozialdemokratischer Redner Redakteur Branting, der sich mit scharfen Worten, oft vom Beifall der Galerie unterbrochen, gegen die Rede des Königs wandte, wofür der Präsident — ein im schwedischen parlament selten vorkommender Fall — ihn zur Ordnung rief. Die Rede des Königs, führte Branting aus, widerspreche der Verfassung; sie wirke wie eine Herausforderung an den Volkswillen, der seinen Ausdruck im gegenwärtigen Reichstag und in der Regierung gefunden habe. Das seien deutsche Kaisermanieren, die man in Schweden nicht einzuführen wünsche. Zum Schluß gab Branting die Erklärung ab, da seine Partei als Demonstration wegen der Rede des Königs gegen die Bewilligung der Zivilliste stimmen werde. Der konservative Abgeordnete Edén wandte sich gleichfalls gegen die Rede des Königs und gegen jeden Versuch des Königs, das konstitutionell-parlamentarische System einzuengen. Der Reichstag wolle nicht um ein Jahrhundert zurückgeworfen werden. Zum Schluß ergriff der Ministerpräsident Staaf das Wort und gab die kurze, aber aufsehenerregende Erklärung ab, daß sämtliche Minister dem König sehr ernste Vorstellungen wegen seiner Rede gemacht hätten. Er wolle aber erst in einigen Tagen dem Hause nähere Mitteilungen darüber machen. Die Zivilliste des Königs wurde schließlich mit 137 gegen 7 Stimmen (der Sozialdemokraten) angenommen.

Für und gegen die Rüstungshetze. Die Rüstungsagitation hat ihren Höhepunkt mit dem „Bauernzug" vor dem königlichen Schloß erreicht. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat nun eine Gegendemonstration der Stockholmer Arbeiter veranstaltet, die am Sonntag stattfinden soll. Während also die konservativen Rüstungshetzer einen Bauernaufzug mit mehr oder weniger Fastnachtscharakter veranstalteten, zu welchem Zweck ihnen die Eisenbahnen bereitwilligst zur Verfügung gestellt wurden, um die rund 30 000 Teilnehmer nach Stockholm zu schaffen, werden die Stockholmer Arbeiter ihre Auffassung in einer ruhigen Demonstration bekunden. Dieser Entschluß der Arbeiter hat jedoch die Hurrapatrioten mächtig aufgeregt. Der „Bauernzug" durfte sich ungeniert durch die zentralen Stadtteile bis zum Schloß bewegen, woselbst der König die „patriotischen" Ansprachen anhörte und eine lange Rede hielt, worin er sich mit den Absichten der Demonstranten einverstanden erklärte. Den Arbeitern aber, die die gleichen Straßenzüge benutzen wollen wie die Bauern, erklärte der Polizeipräsident, darin keinen „vernünftigen Zweck" erblicken zu können. Dieser kleine Jagow wurde aber bald eines besseren belehrt; der Premierminister, Herr Staaff, erklärte jetzt, den Zug am Regierungsgebäude (in unmittelbarer Nähe des Schlosses) selbst empfangen zu wollen, um die Wünsche der Arbeiter entgegenzunehmen. Nun mußte allerdings der Polizeigewaltige sein Verbot des Zuges rückgängig machen und die gleichen Straßenzüge freigeben, die dem „Bauernzug" offenstanden. Jagow spielen kann man eben nur in Preußen, und mit Wehmut und Neid blickt der Stockholmer „Polizeimeister" auf seinen glücklichen Kollegen an der Spree.

Die Gegenkundgebung der schwedischen Sozialdemokraten. Als Gegengewicht gegen die Bauerndemonstration veranstaltete die sozialdemokratische Partei gestern eine Straßenkundgebung, um der Regierung ihre Wünsche zu überbringen. An dem Zuge nahmen etwa 30 000 Personen teil. Abgeordneter Branting verlas eine an die Regierung gerichtete Adresse, die sich gegen Mehrforderungen für Militär- und Marinezwecke und gegen die Verlängerung der Dienstzeit richtete und sich für Begrenzung und Verminderung der militärischen Lasten aussprach. Schließlich wird darin zur Arbeit im Frieden und Brüderlichkeit aufgefordert. Der Ministerpräsident erwiderte, er schließe sich der Aufforderung zum Frieden und zur Brüderlichkeit aller Völker warm an, müsse aber hervorheben, daß das schwedische Volk noch fortdauernd sehr bedeutende Lasten für die Landesverteidigung auf sich nehmen müsse. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn die Regierung ihre Vorschläge zur Verbesserung des Verteidigungswesens durchgebracht habe, man auch sozialen Reformen nähertreten könne. Persönliche Opfer seien nicht zu vermeiden. Die Frage betreffend Verlängerung der Dienstzeit der Infanterie müsse dem Volke gelegentlich der Wahlen vorgelegt werden. Die Regierung werde von dieser Forderung niemals abweichen.

Amerika.

Gegner der mexikanischen Regierung verhaftet. Die geheime Polizei hat in Mexiko eine Anzahl von

Geschäftsleuten und Angestellten verhaftet, die in eine Verschwörung gegen die Regierung verwickelt gewesen sein sollen. Die Polizei erklärt, in den Taschen der Verhafteten belastende Schriftstücke gefunden zu haben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 9. Februar.

Eine Zusammenkunft der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktionen der drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck fand Sonntag im Gewerkschaftshaus in Hamburg statt. Zur eingehenden Erörterung gelangten die Schulfrage und die Steuerfrage. Die Aussprache, die sehr anregend verlief, hat sicherlich dazu beigetragen, die Einheitlichkeit der Stellungnahme der Fraktionen der Schwesterstädte in diesen Dingen zu fördern. Kürzere Referate, die je einem Vertreter der drei Republiken übertragen waren, gaben ein Bild von den vorhandenen Zuständen und der bisherigen Haltung unserer Genossen dazu. Beschlossen wurde, möglichst im Februar des nächsten Jahres wieder eine derartige Zusammenkunft abzuhalten. Weiter wurde es für nützlich erachtet, daß die stenographischen Berichte über die Bürgerschaftssitzungen und die wichtigeren Gesetze in den drei Hansestädten unter den Fraktionen ausgetauscht werden. Das soll in Zukunft geschehen.

Selbstsucht und Selbstachtung. Die Selbstsucht ist die leitende Kraft unseres heutigen Lebens. Jeder sucht persönlichen Nutzen, vor allem pekuniären Gewinn. Und dieser plumpe, niedrige, unentwickelte Trieb läßt feiner geartete Gefühle nicht aufkommen oder nur in ganz geringem Maße. Was kümmert es den Egoisten von heute, daß so viele, viele in Not und Elend leben, daß sie gar ohne ein schützendes Dach sind und ohne Nahrung? Kalt und gleichgültig sehen sie dieses Unglück, ohne Mitgefühl hören sie davon. Ich, ich, ich ich. Das ist der unentwickelte Grundtrieb ihres Daseins. Die niedrige Selbstsucht ist heute die leitende Kraft des Treibens der Welt. Eine unausbleibliche Folge des Privateigentums im Wirtschaftsleben. Das Ende der Selbstsucht bringt erst der sozialistische Staat. Bei einer Sozialisierung der Produktionsmittel ist für die plumpe Gewinnsucht kein Raum mehr.

Doch nicht, als wenn damit das Ich aufhörte. Im Gegenteil, es wird da noch gebieterischer sprechen als heute, doch auf edlere Art. Die Selbstsucht wandelt sich dann in Selbstachtung. Auch im sozialistischen Staate sucht jeder sein Ich zu bereichern, aber nicht auf so plumpe Art wie heute, nicht äußerlich, durch Geld und andere äußere Glücksgüter. Seinem innern Ich sucht da jeder neue Werte zuzufügen. Seine ureigene Persönlichkeit wird man da zu bereichern suchen und man wird nichts Höheres kennen, als ein stolzer, freier Mensch zu sein. Wenn die Selbstsucht gegangen, hält die Selbstachtung ihren Einzug. Während man heute kriecht und schmeichelt, wenn man damit nur seiner Selbstsucht dient, wird man später, wenn der sozialistische Staat gekommen, nichts Stolzeres kennen, als Menschenwürde und Menschenrecht. Die Selbstachtung des eigenen inneren Ich wird über alles gehen. Ueber äußere Gewinne sieht sie stolz hinweg. Statt des äußern Reichtums ist der innere Reichtum der Menschen höchstes Glück. Wen da die Selbstsucht im Leben leiten würde, der gälte als unentwickelter, niederer Mensch. Selbstachtung haben, heißt im sozialistischen Staate Mensch sein.

Der Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben Lübecks im Jahre 1914 weist in den **Einnahmen** auf: Aus der Ausgleichskasse 38 477,20 Mk., Domänen 1 043 097,08 Mark, Behörde für Travemünde 113 850 Mark, Zinsen und Dividenden 351 950,66 Mark, Anteil an Reichssteuern 354 558 Mark, Steuern, Abgaben und Gebühren 7 978 433,33 Mark, Betriebsanstalten 5 331 774,40 Mark, Feuerlöschwesen 23 600 Mark, Friedhofs- und Begräbniswesen 204 000 Mark, Baudeputation 938 735,23 Mark, Schulen 739 284 Mark, Theaterbehörde 10 743,32 Mark, Allgemeines Krankenhaus 372 300 Mark, Heilanstalt Strecknitz 276 500 Mark, Armenwesen 312 000 Mark, Gefängniswesen 133 150 Mark, Stadt- und Landamt 16 313,03 Mk., Ertrag aus der Verwaltung des ehemaligen Vermögens der Armenanstalt 84 247,43 Mark, verschiedene Einnahmen (u. a. 200 000 Mark Lotterieeinnahmen) 280 079,15 Mark, Rückeinnahmen aus Schulden 907 562,68 Mark; in Summa 19 510 655,51 Mark. Diesen Einnahmen stehen folgende **Ausgaben** gegenüber: Senat und Bürgerschaft 412 056 (davon für die Bürgerschaft 31 400 Mark), Reichs- und auswärtige Angelegenheiten 467 466,67 Mark, Gerichte 550 378,06 Mark, Polizeiamt 987 349,33 Mark, Gefängniswesen 231 153 Mark, Verwaltung 915 697,71 Mark (darunter 127 665 Mark für die Behörde für Travemünde), Betriebsanstalten 4 234 698,98 Mark, Feuerlöschwesen 319 572 Mark, Friedhofs- und Begräbniswesen 208 808,25 Mark, Baudeputation 2 895 441,33 Mark, Kirchen 16 862,85 Mark, Schulen 2 723 468 Mark, Theaterbehörde 132 375,05 Mark, Allgemeines Krankenhaus 535 800 Mark, Heilanstalt Strecknitz 337 520 Mark, Armenwesen 741 830 Mark, Ruhegehalte, Witwen- und Waisengelder 378 286,95 Mark, Verschiedene Zahlungen 152 375,60 Mark, Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden und der Schulden der Stadtgemeinde 3 160 159,32 Mark, nachträgliche Bewilligungen 250 000 Mark, für Volksschulbauten 100 000 Mark; zusammen 19 751 399,10 Mark.

Einen „tiefen Einblick" in die Psyche der sozialdemokratischen Partei hat wieder einmal das Amtsblatt erhalten und zwar hat ihm die Broschüre der Genossin Käte Duncker über „Sozialistische Erziehung im Hause" dazu verholfen. Uns freut es immer, wenn die „Lübeckischen Anzeigen" so tun, als hätten sie etwas von dem begriffen, was die Sozialdemokratie macht und was sie will, denn das nimmt sich außerordentlich komisch aus. In diesem Fall ist es besonders erheiternd, weil das behördliche Papier zugibt, daß die Forderungen der Genossin Duncker berechtigt sind und es doch fertig bringt, davon zu phantasieren, „daß der vergiftende Einfluß des sozialdemokratischen Parteitreibens sich darin zeigt, daß die Praxis den vernünftigen Grundsätzen der Genossin Duncker widerspricht". Natürlich ist es richtig, daß es auch Genossen gibt, die ihre Kinder nicht so erziehen, wie es wünschenswert ist. Aber darin Wandel zu schaffen, ist doch gerade das Bestreben der Sozialdemokratie, wie ja die Schrift der Genossin Duncker zeigt. So tief ist jedoch anscheinend der Einblick des Amtsblattes in die Psyche der sozialdemokratischen Partei nicht geworden, daß es solches bemerkt hätte. Das läßt wiederum tief blicken, — aber in die Psyche der „Lübeckischen Anzeigen." Vielleicht kann ihnen noch ein Psychiater helfen.

b. **Dritte Strafkammer** am 7. Februar. Eine Warnung für Trödler und Althändler. Große Kupferdrahtdiebstähle sind im letzten Herbst bei Errichtung der Ueberlandzentrale in der Umgegend von Reinfeld, Westenberg, Ratzbeck und Segeberg vorgekommen, so daß nicht nur die Althändler zur größten Vorsicht gemahnt und auf die gesetzlichen Handelsbedingungen aufmerksam gemacht wurden, sondern die Ueberlandzentrale warnte auch die Diebe vor der Berührung der eventuell mit Starkstrom gefüllten Drähte. Nach der einen Lesart sollen für 5000, nach der andern für 20 000 Mark Fernleitungsdrähte gemopst worden sein. Unter den Dieben befand sich auch der Arbeiter Tramp, der trotz aller Warnung nicht von dem nächtlichen Handwerk ließ, das ihm zum Verderb wurde. Als er nämlich auf den Mast kletterte und mit dem Starkstromdraht in Berührung kam, fiel er sofort tot zu Boden. Dadurch kam es auch heraus, wohin der Draht verkauft wurde. Abnehmer war der Althändler Joh. Kuhlmann, zu dem Tramp 700—800 Pfund geschleppt hatte und das er mit 40 Pfg. pro Pfd. vergütet bekam. Kuhlmann verkaufte den Draht mit 22 Mark Gewinn pro Zentner weiter. In der heutigen Verhandlung, in der sich Kuhlmann wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu verantworten hatte, fallen die beschönigenden Einwände alle unter den Tisch; mildernd wird ihm nur zugute gerechnet, daß er durch den früheren Suff etwas geistig beschränkt wurde, doch zieht die leise angedeutete Anzurechnungsfähigkeit nicht. Da der Angeklagte trotz polizeilicher Warnung den Draht aufkaufte, keine Eintragungen machte und durch weiteren regelmäßigen Ankauf den Dieb in seinem verbotenen Gewerbe begünstigte, erkannte das Gericht auf 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Die Untersuchungshaft, die der Angeklagte durch seine Winkelzüge verlängerte, wird nicht angerechnet. Beantragt waren 3 Jahre Zuchthaus. — Der Musketier ohne Rad. Auf ganz gediegene Art suchte sich der Schornsteinfeger P. herauszureden, der bei der Spar- und Anleihekasse ein Rad stibitzte, das ein Musketier hingestellt hatte. Als der Soldat wieder herauskam, war das Rad verschwunden, doch wurde bei der Fackenburger Brücke ein Mann entdeckt, der ein nummernloses Fahrrad vor sich herschob. Vom Soldaten angehalten erwiderte P., von einem Prokuristen beauftragt zu sein, das Rad zum Bahnhof zu schieben, wofür er eine halbe Mark bekommen sollte. Der Auftraggeber hätte noch eine Besorgung zu machen. Unser Musketier verfolgte den Verdächtigen, der in aller Gemütsruhe die Laterne ansteckte, nach dem Bahnhof fuhr und sich auch als Dieb entpuppte. Fahrraddiebe können nie auf gelinde Strafe rechnen. Dieser vorbestrafte Angeklagte erhielt 1 Jahr Gefängnis, drei Monate mehr als beantragt war. — Ein Rückfälliger, der acht Diebstahlsstrafen hat, schlich in einen Raum, wo die Arbeiter ihre Garderobe aufbewahrten und vertauschte seine alten Stiefel mit einem besseren Paar. Urteil: 9 Monate Gefängnis.

Holsten-Bank. In der Sitzung des Aufsichtsrates der Holsten-Bank vom 30. v. M. wurde beschlossen, für das Geschäftsjahr 1913 die Verteilung einer Dividende von 7½ Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahre vorzuschlagen bei 70 000 Mk. (30 000 Mk. in 1912) Dotierung des Spezial-Reservefonds, 96 015,13 Mk. (36 059,96 Mk. in 1912) Abschreibung auf Grundstücks- und Utensilien- und Einrichtungskonto, 10 000 Mk. (10 000 Mk. in 1912) Zurückstellung für Talonsteuer und 33 619 Mk. (14 950,70 Mk. in 1912) Vortrag auf neue Rechnung. Die Generalversammlung findet am 3. März d. J. statt.

pb. **Der verschwundene Hund.** In der Nacht zum 25. v. M. ist im Eilgutschuppen der Lübeck-Büchener Eisenbahn ein weißer Teckel aus seinem Behälter ausgebrochen und entlaufen. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib des Hundes sind erfolglos geblieben. Es liegt deshalb die Vermutung nahe, daß der wertvolle Hund von jemand eingefangen ist und festgehalten wird. Personen, die über den Verbleib des Hundes sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich an der nächsten Polizeiwache oder im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. **Einbruch im Falkenkeller.** In der Nacht vom 7. zum 8. d. M. sind aus einem an der Falkenstraße belegenen Kellerrestaurant mittelst Einbruchs gestohlen worden: Zigaretten, Marke: Tattersall, Salem-Aleikum, Salem-Gold und Lupa, im Gesamtwerte von etwa 50 Mk., für etwa 20 Mk. Zigarren und eine einem Sparklub gehörige Summe Geld.

pb. **Steckbriefling.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Matrose, der seitens der Staatsanwaltschaft in Bremen wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

ph. **5 Paar Herrenstiefel entwendet.** In der Nacht vom 7. zum 8. d. M. wurden aus einem an einem Hause der Breiten Straße angebrachten Schaukasten mittels Erbrechens 5 Paar Herrenstiefel gestohlen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Meyer-Försters beliebtes Schauspiel „Alt-Heidelberg" geht am Mittwoch, dem 11. Februar, in dieser Spielzeit zum ersten Male in Szene. Am Montag wird Gerhart Hauptmanns interessante Komödie „Kollege Crampton" mit Herrn Direktor Stanislaus Fuchs als Maler Crampton zum letzten Male gegeben. Für den Dienstag ist die erste Wiederholung von Aubers komischer Oper „Der schwarze Domino" vorgesehen.

Selmsdorf i. M. Ballonlandung. Gestern mittag gegen 1 Uhr sahen Einwohner des Dorfes einen Freiballon in geringer Höhe über die Selmsdorfer Feldmark dahinziehen. Plötzlich klaffte die Hülle und der Ballon ging zur Erde nieder. Sofort eilten eine große Anzahl Einwohner zur Landungsstelle, um evtl. den Aeronauten beim Bergen des Ballons usw. behilflich zu sein. Nach Aussage der 4 Ballooninsassen waren diese mit dem Ballon „Bremen" um 11 Uhr in Bremen aufgestiegen; sie erreichten eine stündliche Geschwindigkeit von 100 Klm., so daß die Strecke von Bremen bis zur Landungsstelle in 2 Stunden zurückgelegt wurde. Angesichts der nahen Ostsee und des starken Südwestwindes mußten sich die Luftschiffer zur Landung entschließen, die denn auch glatt vonstatten ging. Der Ballon wurde schnell zusammengelegt, mit den übrigen Teilen verpackt und mittels Wagen zur Bahn geschafft. Die Insassen begaben sich ebenfalls alsbald zur Bahn und fuhren zu ihrem Aufstiegorte zurück.

w. **Mölln.** Die Ausführung der Kanalisationsarbeiten stößt hier auf allerlei Schwierigkeiten. Waren die Zustände in der Seestraße die denkbar ungünstigsten, so ist es jetzt bei der Versenkung des Sammelbrunnens am Wassertor auch nicht mehr schön. Seit Wochen stehen hier zwei Dampfmaschinen direkt an der Straße, die zeitweise arbeiten und auch zeitweise feiern. Durch die Dampfmaschinen sollen Pumpen getrieben werden, durch welche das Wasser aus der Baugrube herausgepumpt werden soll. Hat man nun Dampfmaschinen, die die Pumpen oder Kreisel treiben können, so versagen die Pumpen, und werden diese durch andere ersetzt, was immer wieder ein paar Tage dauert, dann versagen die Maschinen und der Betrieb liegt wieder still bis andere Maschinen beschafft sind. Während dieser Zeit sammelt sich in der Baugrube mehr Wasser an, als man gehabt hat. Dabei ist nun die Straße, an welcher sich dies abspielt, die frequenteste Straße der Stadt; man muß sich wundern, daß hier noch nicht ein Unglück passiert ist. — Wenn an dem Brunnen gearbeitet wird, ist die Arbeit für die beteiligten Arbeiter eine ungemein schwere. Wird doch der Brunnen an der Stelle versenkt, an welcher früher eine Brücke gelegen hat; dicke eichene Pfähle stehen senkrecht in der Erde und müssen, immer wenn die Wasserverhältnisse dies erlauben, freigegraben und abgestemmt werden. Dabei wird für diese Arbeit pro Stunde 40 Pfg. bezahlt. Als bei der Vergebung der Arbeit der jetzige Unternehmer über 100 Prozent billiger war als der Höchstfordernde, schrieben wir, daß die Arbeiter wohl wieder der leidendste Teil sein werden, und so ist es nun auch gekommen. Tagelang müssen die Arbeiter feiern, wird gearbeitet, wird wenig verdient, und am Zahltage entstehen Streitigkeiten, weil die Arbeiter mehr Stunden gearbeitet haben wollen, als von dem Schachtmeister angegeben oder von dem Unternehmer ausbezahlt werden. Die Folge davon ist dann die Klage. Das sind die Segnungen für die Arbeiter bei einem großen Stück Arbeit, nach dessen Fertigstellung — nach einem Ausspruch des Senators Rönnpage—, Mölln geradezu ein Eldorado sein wird.

Hamburg. Die Maifeier 1914. In einer im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung der Delegierten der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs und der Delegierten des Hamburg-Altonaer Gewerkschaftskartells wurden nach einem eingehenden Referat des Genossen H. Stubbe über die Bedeutung der Maifeier die folgenden Beschlüsse gefaßt: „Die Delegierten-Versammlung der Partei und des Gewerkschaftskartells beauftragt die Vorstände beider Organisationen, die Vorbereitungen zu einer eindrucksvollen Feier des 1. Mai zu treffen. Die Versammlung erachtet die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Es ist deshalb die Arbeiterschaft aufzufordern, soweit es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Zur Entfaltung einer wirksamen Demonstration für Verkürzung der Arbeitszeit und Förderung des Weltfriedens, sowie zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu allen Körperschaften findet am 1. Mai vormittags ein Festzug statt und abends in allen Stadtteilen öffentliche Versammlungen mit dem Tage entsprechenden Veranstaltungen. Die in den Bureaus und Redaktionen der Partei und Gewerkschaften angestellten Parteigenossen sind nach dem Beschluß des Parteitages in Jena 1913 verpflichtet, ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abzugeben." Der Antrag betreffs Veranstaltung des Festzuges wurde mit 429 gegen 421 Stimmen, die übrigen Beschlüsse aber mit großer Majorität angenommen. Die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung auf dem Heiligengeistfeld ist von der Polizeibehörde nicht genehmigt worden.

Bremen. Mordversuch. Sonnabend vormittag gab der Arbeiter Käck auf seine von ihm getrennt lebende Ehefrau in deren Wohnung Columbusstraße 34 mehrere Revolverschüsse ab, durch die sie lebensgefährlich verletzt wurde. Der Täter stellte sich selbst der Polizei. Das Motiv der Tat ist Eifersucht.

Stade. Aerztestreik. Der Streit zwischen Krankenkasse und Aerzten hat nun dazu geführt, daß die Aerzte von Sonnabend ab ihre Tätigkeit für die Ortskrankenkasse Stade einstellen.

Bremen. Das bremische Staatsbudget für 1914. Der Budgetbericht der Finanzdeputation, der soeben erschienen ist, besagt in seinem allgemeinen Teile: Die vorläufige Zusammenstellung des Budgets ergibt einen Fehlbetrag von 2 287 119 Mk. gegen 4 188 923 Mk. im Budgetvoranschlag und 2 942 002 Mk. im festgestellten Budget des vorigen Jahres. Nach den Anträgen der Finanzdeputation wird sich dieser Fehlbetrag jedoch auf 1 343 349 Mk. ermäßigen und kann in diesem Betrage aus dem Reservefonds der Ueberschüsse gedeckt werden. Ist hiernach zurzeit auch noch nicht vorauszusehen, wie sich das Budget bis zum Ablauf der Budgetberatungen gestalten wird, so steht doch jetzt schon fest, daß sich die Finanzlage gegen das Vorjahr wesentlich verbessert hat. Die Gesamtsumme der ordentlichen Einnahmen, die im festgestellten Budget für 1913 auf 44 452 651 Mk. veranschlagt war, beträgt nach dem vorliegenden Voranschlag 47 375 645 Mk., liefert also einen Mehrertrag von 2 922 991 Mark. Die ordentlichen Ausgaben sind dagegen von 45 264 285 Mk. auf 47 092 934 Mk., also um 1 828 649 Mk. angewachsen. Daraus ergibt sich eine Verbesserung der Finanzlage um 1 094 345 Mk. Zugleich sind nach den Voranschlägen die außerordentlichen Ausgaben von 4 978 000 im Jahre 1913 auf 3 787 852 Mk. zurückgegangen. Die Verbesserung der Finanzlage ist also ebenso sehr auf die Zunahme der ordentlichen Einnahmen wie auf die Abnahme der außerordentlichen Ausgaben zurückzuführen.

Literarisches.

Eine wirkliche gediegene Zeitschrift fürs Volk ist die von Theodor Etzel geleitete Stuttgarter Wochenschrift Die Lese. Diese Zeitschrift hat sich zum Ziel gesetzt, die reichen Schätze deutscher und fremder Literatur in die breiten Massen zu tragen und auf diese Weise die immer stärker um sich greifende Schundliteratur zu bekämpfen. Aber nicht nur das, „Die Lese" will auch Freude an Büchern wecken und liefert deshalb ihren Abonnenten jährlich vier wertvolle, ausgesuchte Buchbeigaben völlig kostenlos. Dies ist nur möglich, weil die Lese ein gemeinnütziges Unternehmen ohne irgend welche Erwerbsinteressen ist. Die Zeitschrift selber ist ungemein reichhaltig. Sie bringt Romane, Erzählungen und Skizzen und viele Beiträge belehrender und bildender Natur. Aus dem Inhalt der beiden letzten Nummern führen wir an: Peter Rosegger, Der Kinderkittel; Will Vesper, Gedichte; Rudolf von Delius, Sokrates; Volksreime aus dem Krummen Elsaß; Bernhard Walter, Muz, eine Tiergeschichte; Jules Michelet, Der Flügel, eine naturwissenschaftliche Abhandlung usw. Probenummern sind von der Geschäftsstelle der Lese, Stuttgart, Ludwigstraße 26 erhältlich.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und ::
Kommissionssitzungen

D. M. V.

Komitee-Sitzung

am Dienstag, dem 10. Februar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“,
Johannisstraße 50—52.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme sowie zahlreichen Kranzspenden beim Heimgange meines lieben Mannes sagen wir allen Verwandten und Bekannten, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, den Kollegen der Halland-Linie, sowie Herrn Pastor Tegtmeyer für seine trostreichen Worte im Hause und am Grabe unsern innigsten Dank.

Frau Catharine Persson Ww.
860) **nebst Kinder.**

Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme anläßlich der Beerdigung meines lieben Mannes sagen allen Verwandten und Bekannten insbesondere auch dem Chauffeur-Verein unseren herzlichsten Dank. (857

D. Albrecht Ww. und Kinder.

---

10 Steinsetzer

zu sofort gesucht. (863
Chr. Wiedow.

Friseurlehrling

gesucht.
846) **Wigger,** Nebenhofstraße 8.

Gewöhnlicher Tisch

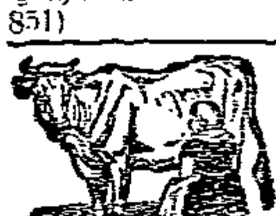
zu verk. (864) Kanalstr. 4 1. Et.

Zwei Zugänger

zu verkaufen. (850
Reniefeld, Fünfhausen 9.

Verloren am Sonnabend auf dem Klingenberg der Wochenlohn e. Arbeiters m. Lohnbuch
859) Abzug. g. Bel. Glandorpstr. 50.

Am Montag ein perlgraues Huhn entlaufen.
851) Ermastraße 7.



Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.50** Mk (858

Bestes **Ragoda** Schnell-Wasch-Mittel
Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Schneeweisse Wäsche. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
Ueberall zu haben.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (101
10 „ 1echt silb. Kollier. 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

Seine **Uhren-Reparatur-Werkstatt, Goldwaren-Reparatur-Werkstatt** empfiehlt (869
Willi Westfehling,
32 Holstenstrasse 32

Ia. geräuch. fetter Speck b. Abnahme v. 4 ℔	à ℔	80 ₰
Ia. geräuch. mag. Speck b. Abnahme v. 4 ℔	à ℔	85 ₰
Ia. frisch. Schweinefl. Bratenstücke	à ℔	75 ₰
Ia. weißes Schmalz b. Abnahme v. 2 ℔	à ℔	75 ₰
Ia. Eisbeine frisch u. gepökelt	℔	60 ₰
Ia. dicke Flemen	℔	70 ₰
Ia. Füllrippen	℔	80 ₰
Ia. frisch. Kopf u. Beine	℔	25 ₰
Ia. fr. Kotelrippen	℔ v.	30 ₰ an

Karl Labrtz, Böttcherstr. 14-16.
865 vorm. **M. Labrtz.**

Abreisende angetragen u. nachgesandt werden Gegenstände all. Art, als: Mobilien, Koffer x. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (125

Unterhaltend

/ Billigen und guten Lesestoff für jede Familie bietet der Kosmos. Für den geringen Jahres-Beitrag von
nur M 4.80
werden kostenlos geliefert:
12 Monatshefte
5 gute Bücher
erster Fachmänner. Im Jahre 1914: **Bölsche,** Tierwanderungen in d. Urwelt; **Floericke,** Meeresfische; **Lipschütz,** Warum wir sterben; **Kahn,** Die Milchstrasse; **Nagel,** Die Romantik der Chemie

Belehrend

Über 1000 Seiten Text mit viel. Abbildungen. Nur die grosse Zahl der Mitglieder — Ende des Jahres 1913 weit
über
100 000
ermöglicht diese beispiellosen Leistungen. Treten Sie sofort bei oder verlangen Sie Prospekt bezw. Probeheft bei Ihrer Buchhandlung oder der Geschäftsstelle des Kosmos / Stuttgart Pfizerstrasse 5

Jeden Dienstag und Freitag von 9—1 Uhr verkaufe in Schwartau auf dem Marktplatz frische Seefische, Dorsch, Goldbutt, Heringe, Seelachs.
866) **Johs. Boy, Fischhandlung.**

Ad. Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter
Fünfhausen 13 (102
Uhren, Gold- u. Silberwarenhandlg.

Achtung!

Geschäftskutscher-, Kaufmanns- u. Weinarbeiter.

Versammlung

am Dienstag, d. 10. Februar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Wahlen.
2. Hausagitation.
3. Verschiedenes.

862) **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen der Kollegen aus sämtlichen Betrieben ist notwendig, da der eine Punkt sehr wichtig und dessen Erledigung dringend notwendig. D. O.

Achtung!

Steinsetzer u. Berufsgen.

Versammlung

am Dienstag, d. 10. Februar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
U. a.: Bericht der Lohnkommission.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
854) **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Schuhmacher

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 10. Februar
abends 9 Uhr
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Der Verbandstag in Hamburg und Wahl der Delegierten.
3. Innere Verbandsangelegenheiten

848) **Die Ortsverwaltung.**

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 10. Februar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Ortsschieds-gericht.
2. Jahresbericht.
3. Verschiedenes.

858) **Die Ortsverwaltung.**

Visitenkarten ff. Elfenbeinkarton, 100 Stück von 1.00 Mk. an **Fr. Meyer & Co.,** Johannesstraße 46.

Hesses Volksbücherei

Jede Nummer brosch. 20 Pfennig.
Bis jetzt erschienen über 700 Nummern.

Hesses Volksbücherei enthält in gediegenster Ausstattung eine ganze Reihe von Perlen der Erzählungskunst. Neben wertvollen Beiträgen von älteren, bewährten Dichtern sind reichlich Schöpfungen anerkannter, erster Schriftsteller der Gegenwart aufgenommen, so von:

Anzengruber — V. Blüthgen — Helene Böhlau
Otto Ernst — Max Eyth — Gustav Falke
Ric. Huch — Wilh. Jensen — Max Kretzer
Detlev v. Liliencron — Ch. Niese — A. v. Perfall
W. Raabe — Peter Rosegger — Frida Schanz
Aug. Trinius — Clara Viebig — Ernst Wichert
Arthur Zapp u. v. a.

Handliches Format, große deutliche Schrift und holzfreies Papier.

Die meisten Nummern sind auch in hübschen Einbänden zu haben.
Vollständige Kataloge stehen kostenlos zur Verfügung.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

---

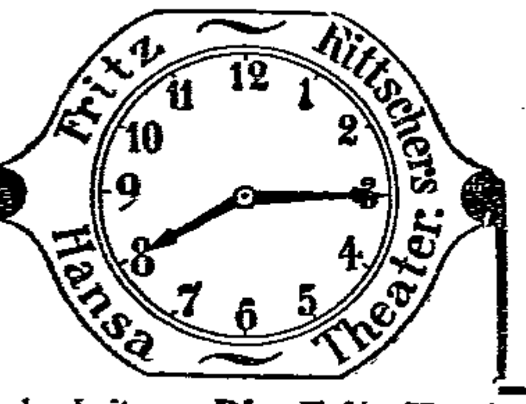
200 Pflanzer-Zigarren umsonst.

Um unser großes Lager vor der Invent. zu räumen, versenden, **solange Vorrat reicht,** 200 7-Pfg.-Zigar. f. 11.95 M, 200 ff. 8-Pfg.-Zigar. f. 12.95 M od. 200 hochf. 10-Pfg.-Zigar. f. 14.95 M. Außerd. geb. **200 Pflanz.-Zigarren** f. Weiterempfehl. Also diesmal 400 Zig. f. 11.95, 12.95 od. 14.95 M. Nur wer bis 18. Febr. bestellt, erh. **200 Stck. ums.** Garant. Bei Nichtgef. Geld zurück. **Gade & Co., Hamburg 36.**

Zu meinem am **10. Februar** stattfindenden

Grünkohl-Essen

lade freundlichst ein
F. Burmester, „Brolingskrug“.
870) **Anfang morgens 10 Uhr.**



Künstlerische Leitung: **Dir. Fritz Hemberger.**

Kurzes Gastspiel des weltberühmten

Sylvester Schäffer

sowie der amüsante erste Varieté-Teil

Nachmittagsvorstellungen finden nicht statt.
Preise der Plätze mäßig erhöht.
Anfang Sonntags 8 Uhr. Wochentags 8¼ Uhr.
Vorverkauf für die rechte Seite bei **Sager,** Kohlmarkt, linke Seite bei **Nagel,** am Markt. (843

Sektions-Versammlung

der

Hausdiener, Fensterputzer Austräger und Austrägerinnen

am Dienstag, d. 10. Februar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen erwartet
849) **Der Vorstand.**

Holzarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, d. 10. Februar
abends 8¼ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Aufruf des Verbandsvorstandes.
2. Stellung von Anträgen zum Gautag und Wahl von Delegierten zu demselben.
3. Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse.
4. Verschiedenes.

855) **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!

Versammlung

sämtlich. b. d. Holzspediteuren beschäftigten Arbeiter
am Mittwoch, 11. Februar 1914,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Wahlen.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich. (861

Steenbecks Gasthof

Rensefeld.
Sonntag, den 15. Februar:

Bockbierfest

mit **musikalischen Unterhaltungen.**
Hierzu ladet freundlichst ein
852) **Johs. Steenbeck.**

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, d. 11. Februar 1914
abends 8 Uhr (847

im Kolosseum:

19. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)
Leitung: Kapellmeister **G. Darmstadt** aus München zur Probe.
Solist: **Emil Corbach.**
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Egmont“ L. van Beethoven.
Ballettmusik aus Faust Ch. Gounod.
Ungarische Rhapsodie Nr. 1 Fr. Liszt.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Neues Stadttheater

Montag, den 9. Februar 1914:
124. V. i. Voll-Ab. 21. V. i. Mont.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Gastspiel von Stanislaus Fuchs
Zum letzten Male:

Kollege Crampton.

Komödie von Gerhart Hauptmann.
Mittelpreise. (856

Dienstag, den 10. Februar 1914:
125. V. i. Voll-Ab. 20. V. i. Dienst.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Der schwarze Domino.

Komische Oper von Auber.
Große Preise.

Mittwoch, den 11. Februar 1914:
Außer Abonnement. **Kleine Preise.**
Anfang 8¼ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Alt-Heidelberg.

Schauspiel von W. Meyer-Förster.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 33. Montag, den 9. Februar 1914. 21. Jahrg.

Preußen pumpt noch 200 Millionen Mark mehr!

Preußen, einer der größten Arbeitgeber der Welt, braucht wieder Geld. Da die braven Kapitalisten auch bei ungünstigerer Industriekonjunktur immer weniger Lust zeigen, ihr Geld in Staatspapieren anzulegen, ging Preußen zu einer neuen Art von Anleihe über, es gab 400 Millionen Mark neue Schatzanweisungen als Anleihe aus. Der Erfolg des Staatspumpes ist ein völlig überraschender geworden. Mit der Konjunktur geht es abwärts, bei den Aktiengesellschaften verringern sich die Dividendenaussichten, warum soll man da nicht, wenigstens vorläufig, die sichere Rente einer preußischen Schatzanweisungsanleihe mitnehmen? Diese kapitalistische Schlußfolgerung ist den Leuten, die das Geld haben, dabei diesmal durch die preußische Finanzverwaltung noch besonders erleichtert worden. Die Bedingungen, unter denen die neue Anleihe an den Markt geht, sind so günstig für die Gebelustigen und so teuer und ungünstig für den Staat, wie wir es für Staatsanleihen überhaupt noch nicht gehabt haben! Die Schatzanweisungsanleihe kann in gewissem Sinne sogar als Spekulationswert betrachtet werden. Der preußische Staat verpflichtete sich nämlich, die gesamten Anleihen innerhalb 16 Jahren in gleichmäßigen jährlichen Posten zu tilgen. Da die Anleihe eine vierprozentige ist, verdienen die, deren Anleihestücke schon nach einem Jahre wieder ausgelöst (getilgt) werden, in Wirklichkeit mit ihrem, dem lieben preußischen Vaterlande hergeliehenen Gelde, 7¼ % Zinsen.

Wie schon gesagt, der Erfolg des preußischen Staatspumpes war ein gänzlich unerwarteter. Für die 400 Millionen Mark Schatzscheine meldeten sich Gelder im Gesamtbetrage von 25 Milliarden an! Es gibt noch Geld in Preußen und Freude am Staat, wenn man dabei etwas verdienen kann. Wenn auch ein Teil dieser 25 Milliarden nicht ganz ehrlich gemeint ist, insofern, als viele Interessenten, wenn sie für 50 000 Mark Schatzscheine nehmen wollen, 100 000 Mark anmelden, weil sie wissen, daß sie nur einen Teil ihres Wunsches erfüllt bekommen, — im ganzen war die Ueberzeichnung der Anleihen doch ein Beweis dafür, daß der Geldmarkt günstiger ist, als erwartet worden war. Die preußische Finanzverwaltung hat aus der angenehmen Situation den Schluß gezogen, jetzt gleich noch 200 Millionen Mark zu pumpen. Natürlich unter den gleichen Bedingungen wie die 400 Millionen Mark Schatzscheine. Das bekannte Preußenkonsortium — die Bankengruppe, die die Finanzgeschäfte mit dem preußischen Staat machen — hat sich der Finanzverwaltung gegenüber zu einer kleinen Konzession insofern verstanden, als es die 200 Millionen Mark Schatzscheine zum Kurse von 96¾ % übernimmt. Gegenüber dem Uebernahmepreis von 96¼ % für die 400 Millionen Mark ist das ein Vorteil, der der preußischen Staatskasse eine Million Mark einbringt. Die Banken verkaufen die Schatzscheine an das Publikum mit 97 %, machen also ein ganz gutes Geschäft. Dazu kommt aber noch, daß das Finanzkonsortium von den insgesamt 600 Millionen Mark Schatzscheinen vorweg 100 Millionen Mark zum Uebernahmepreise in die eigenen Geldschränke stecken durfte; werden diese Bestände in spekulativ günstigen Momenten verkauft — und das ist natürlich die vorgesehene Absicht — dann bedeutet jedes Prozent Kurssteigerung gegenüber dem Uebernahmepreis einen netten Extragewinn von genau einer Million Mark!

Der preußische Staat wird die 600 Millionen Mark in der Hauptsache zum Ausbau des Betriebsapparates der Staatsbahnen und der Vermehrung ihres Betriebsmittelparks benutzen. Das bedeutet für wichtige Industrien große Aufträge.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 7. Februar.

288. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel „Ausführung des Kaligesetzes".

Bei der Verwendung der Propagandagelder hat die Kommission 200 000 Mark für den feldmäßigen Gemüsebau hinzugefügt, sowie für die Auslandspropaganda, 900 000 Mk. und 500 000 Mark für Ausstellungszwecke in San Franzisko.

Sachse (SD.): Eine Denkschrift sowie eine Novelle zum Kaligesetz ist schon vor Jahresfrist versprochen, aber noch immer nicht vorgelegt. Es sieht so aus, als ob die Syndikatsherren der Regierung eine Aenderung des Kaligesetzes nicht erlauben. Die Aenderung ist aber dringend notwendig. Wir haben sehr bald mit mehr als 200 Werken zu rechnen, und weitere 100 sind in Vorbereitung. Ein Fünftel der Werke würde ausreichen, um den Kalibedarf zu decken. Neuerdings sind auch im Ausland Kalifunde gemacht, sodaß das Monopol Deutschlands bedroht erscheint. Dem Kalisyndikat soll es gelungen sein, für eine Anzahl Werke eine Sperre bis 1919 durchzusetzen. Dann müßten die betreffenden Arbeiter entschädigt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Durch gewisse Verträge sucht man das Gesetz zu umgehen, solche Umgehung stellt ein Vertrag von Anhalt mit dem Herzog von Gotha dar. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich habe das in der Kommission Betrug genannt. (Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Die Regierung muß gegen diese Umgehungen des Gesetzes vorgehen und die Verträge annullieren. Gegenüber der Stillegungsaktion des Kalisyndikats bleibt nur die Uebernahme der Kaliwerke durch das Reich möglich. Hierfür ist jetzt der richtige Zeitpunkt, weil die Kalipapiere erheblich gefallen sind. Natürlich brauchen wir dann auch ein Reichsberggesetz. Dieses müßte vor allem die Arbeiter im Bergbau schützen, die Schichtzeit muß geregelt werden, Sicherheitsmänner sind einzuführen. — Der Mehreinstellung von 900 000 Mark zur Auslandspropaganda widersprechen wir; die Summe wird dadurch noch über das erhöht, was das Kalisyndikat selbst fordert. Für die für Ausstellungszwecke in San Franzisko eingesetzten 500 000 Mark könnten wir nur stimmen, wenn wirklich Kaliprodukte ausgestellt würden. — Das Syndikat wünscht die Streichung der 300 000 Mark für die landwirtschaftlichen Kammern, wei Idiese das Geld nicht bestimmungsgemäß verwenden. Diese Beschuldigung muß untersucht werden. — Von den Arbeitern, die infolge von Bodenverkäufen entlassen werden, ist noch nicht ein einziger entschädigt worden; einem Arbeiter auf einem Werk des Bundes der Landwirte, der die ihm gesetzlich zustehende Vergütung verlangte, wurde geantwortet: Sie sind wohl verrückt geworden! (Hört, hört! b. d. Soz.) Zum Schluß bitte ich noch einmal, das versprochene Gesetz bald einzubringen, es aber nach den Wünschen der Arbeiter zu gestalten und nicht nach denen der Kaliherren, die nicht das Allgemeininteresse im Auge haben, sondern das Interesse ihres Geldbeutels. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Unterstaatssekretär Richter: Der vom Vorredner erwähnte Vertrag geht den Herzog von Gotha nichts an, er ist von der Schatullenverwaltung geschlossen worden. Veranlassung zu ihm und ähnlichen Verträgen hat die unklare Fassung des § 12 des Kaligesetzes gegeben. Die Verträge unterliegen gegenwärtig einer Prüfung auf ihre Gültigkeit. — Die Novelle zum Kaligesetz wird hoffentlich in nächster Zeit vorgelegt werden können, die Stillegungsaktionen des Kaligesetzes beeinflußt sie in keiner Weise. — Die Bemängelung der Verwendung von Propagandageldern durch das Kalisyndikat ist nur eine Wiederholung der von mir schon im vorigen Jahre widerlegten Behauptungen des Syndikats. Wenn Arbeiter bei der Entlassung infolge von Bodenübertragungen nicht entschädigt werden, so können wir nicht eingreifen, sie müssen dann vor dem Gewerbegericht klagen.

Kriel (Ztr.): Wir stimmen den Kommissionsanträgen, die eine intensive Auslandspropaganda ermöglichen, zu. Freilich ist auch das Inland noch sehr aufnahmefähig. Die Kontrolle über dieVerwendung der Propagandagelder darf sich das Reich nicht aus der Hand nehmen lassen.

Bärwinkel (NL.): Mit der Verwaltung der Kaligelder hat man dem Reichsamt des Innern ein wahres Kuckucksei ins Nest gelegt. Erfreulich ist nur, daß das Geschimpfe über den „Korruptionsfonds", über die „Kalischmiergelder" jetzt ganz verstummt ist. Daß man den Kalifonds durch die neue Novelle einfach den Interessenten wegnehmen und zu anderen Zwecken verwenden will, kann ich nicht glauben. Die für San Franzisko unter besonderem Titel vorgesehenen 500 000 Mark beantragen wir zu streichen, und dem allgemeinen Auslandspropagandafonds zuzufügen, denn die Auslandspropaganda muß möglichst stark betrieben werden.

Gothein (VP.): Eine der traurigsten Folgen des verfehlten Kaligesetzes sind die alljährlich wiederkehrenden Kalireden. — Der Einsetzung von 200 000 Mark zur Förderung von feldmäßigem Gemüsebau stimmen wir gern zu. — Die Kontrolle über die Zweckmäßigkeit der Propaganda kann nicht der Reichstag ausüben, sondern nur wer im Geschäft steht. Man sollte die Gelder einfach dem Syndikat übergeben, das über die Verwendung an uns zu berichten hätte. — Daß die versprochene Novelle uns recht bald vorgelegt wird, wünschen auch wir sehr dringend. (Zust. b .d. Vpt.)

v. Brockhausen (K.) erklärt sich für die von der Kommission vorgenommenen Vermehrungen der Fonds.

Stöve (NL.) erklärt eine Verstärkung der Propaganda zur Förderung des Kaliabsatzes für notwendig; vermehrter Kaliabsatz bedeutet auch vermehrte Arbeitsgelegenheit, und das sei besser als eine Arbeitslosenversicherung.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Erzberger (Ztr.) und Dr. Haegy (Els.) schließt die Diskussion.

Die Abstimmung wird Montag erfolgen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr.

Schluß: 5¼ Uhr.

Aus der Partei.

Zwei Sozialdemokraten sechs Jahre unentdeckt im Schulvorstande. Der Wachsamkeit der preußischen Schulaufsichtsbehörden war es entgangen, daß in der Gemeinde Niederbonsfeld bei Bochum seit sechs Jahren zwei sozialdemokratische Gemeindevertreter dem Schulvorstande angehörten. Endlich ist durch einen Spürhund die Gefahr entdeckt und es sind dann durch den Ehrenamtmann Bröcker die erforderlichen Vorkehrungen getroffen worden. Als die Wahlperiode der beiden Genossen König und Kohlmann ablief und beide von der Gemeindevertretung, die mit ihrer Tätigkeit durchaus zufrieden war, erneut vorgeschlagen wurden, erklärte der Herr Amtmann, daß die Regierung die Wahl der beiden Vertreter wegen ihre Eigenschaft als Sozialdemokraten beanstanden werde. Die bürgerliche Mehrheit knickte natürlich automatisch zusammen und wählte zwei andere Vertreter. Es ist also wieder alles in Ordnung.

Eine neue Offenbacher „Affäre". Die Reichsverbandspresse arbeitet mit viel Behagen eine Darstellung aus Offenbach am Main aus, wonach die dortige sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit Mißstände in der Stadtverwaltung geduldet hat, die so unerhörter Natur seien, daß nunmehr so-

Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman.
Von W. W. Jacobs.

Nachdruck verboten.

Erstes Kapitel.

Herr Eduard Hagedorn saß im Privatkontor von Hagedorn u. Sohn, Haus- und Gütermakler, und blickte durch die zierlichen Drahtvorsetzer auf die friedlich daliegende Kaiserstraße von Lunderstadt. Hagedorn senior, der der Meinung war, daß die Jugend arbeiten müsse, war früh fortgegangen. Hagedorn junior, froh, daß sich ihm eine Gelegenheit bot, seines Vaters Ansichten zu teilen, hatte den größten Teil seiner Arbeiten einem Kommis zugeschoben, der genau drei Wochen nach ihm zur Welt gekommen war.

„Lunderstadt wird jeden Tag öder," sagte Herr Hagedorn gelangweilt zu sich selbst. „Zwei wunderliche Achtzigjährige, ein verdrießliches Baby, ein noch verdrießlicheres Kindermädchen und drei Hunde in den letzten fünf Minuten. Wenn nicht die Hunde gewesen wären — Halloh!"

Er legte seine Feder hin, erhob sich und guckte über den Vorsetzer weg nach einem jungen Mädchen, das von einer Seite der Straße zur andern blickte, als ob es eine Hausnummer suche.

„Ein Besuch," fuhr Herr Hagedorn in seiner Kritik fort. „Derartige junge Mädchen kommen nur auf Besuch nach Lunderstadt und fahren dann mit dem ersten Zuge wieder nach Hause, um nie wiederzukommen."

Das junge Mädchen wandte sich in diesem Augenblick um und die Stirn und die Augen erblickend, starrte sie dieselben an, bis sie langsam hinter dem schützenden Vorsetzer versanken.

„Sie kommt hierher," sagte Herr Hagedorn, der sie durch das Drahtgeflecht beobachtete. „Wird wohl unsern Fahrplan einsehen wollen."

Er setzte sich wieder an seinen Schreibtisch, entnahm einem Fache einige Papiere und betrachtete sie mit ernstem Nachdenken.

„Eine Dame wünscht Sie zu sprechen, Herr Hagedorn," sagte der Kommis, die Tür öffnend.

Herr Hagedorn erhob sich und stellte einen Stuhl hin.

„Ich komme wegen des Schlüssels zu dem Häuschen in der Kirchenstraße," sagte das junge Mädchen, noch immer stehend. „Mein Onkel, der Kapitän Boldt, ist noch nicht angekommen, und man sagte mir, daß Sie der Hauswirt sind."

Herr Hagedorn verneigte sich. „Der nächste Zug ist um sechs fällig," bemerkte er mit einem Blick auf den an der Wand hängenden Fahrplan; „ich denke, er wird wohl damit kommen. Er war am Montag hier, um dabei zu sein, als die letzten Möbel gebracht wurden. Sind Sie Fräulein Renzow?"

„Ja," sagte das junge Mädchen. „Wenn Sie so gut sein wollen und mir den Schlüssel geben, kann ich hineingehen und auf ihn warten."

Herr Hagedorn nahm ihn aus einer Schublade. „Wenn Sie mir gestatten wollen, will ich mit Ihnen hinuntergehen," sagte er langsam. „Das Schloß ist ziemlich eigenartig für den, der es nicht kennt."

Das junge Mädchen murmelte etwas von „ihn nicht bemühen wollen."

„Es ist keine Mühe," sagte Herr Hagedorn, seinen Hut ergreifend. „Es ist doch unsere Pflicht, alles für die Bequemlichkeit unserer Mieter zu tun, was wir können. Das Schloß —"

Er hielt die Tür offen und folgte dem jungen Mädchen auf die Straße, es im Weiterschreiten auf die verschiedenen Sehenswürdigkeiten aufmerksam machend.

„Ich fürchte, Sie werden Lunderstadt sehr still finden," bemerkte er.

„Ich liebe die Ruhe," sagte seine Gefährtin.

Herr Hagedorn warf ihr einen schlauen Blick zu und schritt schweigend weiter, bis sie ihr Ziel erreichten.

Außer in bezug auf Gardinen hatte sich die Kirchenstraße seit Generationen nicht verändert und Herr Hagedorn bemerkte mit Vergnügen das Interesse seiner Begleiterin, als sie auf die bröckeligen Dächer, die Rotstein-Türstufen und die zierlichen Gitterfenster der Häuschen blickte. Beim letzten Hause, einer größeren Kottage, deren eine Seite an den Kirchhof stieß, blieb Herr Hagedorn stehen und seinen Schlüssel ins Schloß steckend, drehte er ihn mit gedankenloser Leichtigkeit um.

„Das Schloß scheint ganz in Ordnung zu sein; ich hätte Sie gar nicht zu bemühen brauchen," sagte Fräulein Renzow, ihn streng ansehend.

„Ah, es scheint sehr leicht," sagte Herr Hagedorn, seinen Kopf schüttelnd, „aber die Sache hat einen Kniff."

Das junge Mädchen schloß hurtig die Tür, drehte dann den Schlüssel um und öffnete sie wieder ohne Schwierigkeit. Um sicher zu gehen — in mehr als einem Punkte — wiederholte er das Experiment.

„Sie haben den Kniff 'raus," sagte Herr Hagedorn, ihrem Blicke mit großer Ruhe begegnend. „Es ist merkwürdig, wieviel Charakter in Schlössern steckt; sie lassen sich von einigen Leuten ohne jede Mühe öffnen, während andere an ihnen herumstümpern können, bis sie müde sind."

Das junge Mädchen stieß die Tür auf und stand mitten im Zimmer.

„Ich danke Ihnen," sagte sie und machte ihm eine kleine Abschiedsverbeugung.

Eine starrsinnige Ader in Herrn Hagedorns Wesen, die ihr Eigentümer irrtümlicherweise für Festigkeit hielt, machte sich jetzt bemerkbar. Es war klar, daß das junge Mädchen seine Dienste nach ihrem wahren Werte eingeschätzt hatte und willens war, darüber keinen Zweifel zu lassen. Er probierte das Schloß abermals und sagte dann, mit mehr Bitterkeit, als die Gelegenheit zu rechtfertigen schien, daß es jemand geölt habe.

„Ich versprach Kapitän Boldt, heute nachmittag vorzusprechen und zu veranlassen, daß einige Kleinigkeiten gemacht würden," setzte er hinzu. „Darf ich jetzt hineinkommen?"

Das junge Mädchen zog sich ins Zimmer zurück, wo es sich in einen großen Lehnstuhl beim Kamin niederließ und seine Besichtigung der Türgriffe und Fensterriegel mit einer Miene stillen Vergnügens beobachtete, die ihm höchst peinlich war.

„Kapitän Boldt hat die Wand mit Holz verkleiden und diese Schiffskisten anfertigen lassen, um dem Zimmer soweit wie möglich das Aussehen einer Schiffskajüte zu geben," sagte er, in seiner Arbeit einhaltend. „Er freute sich sehr, daß die Treppe hier im Zimmer ihren Anfang nimmt; er nennt sie die Quarterdeckstreppe. Und er nennt die Küche die Pantry, was zu mancher Konfusion bei den Arbeitern führte. Hat er Ihnen von dem Ausguck im Garten erzählt?"

„Nein," entgegnete das junge Mädchen.

„Er ist sehr nett," sagte Herr Hagedorn.

Er öffnete die zur Küche führende Tür und trat in den Garten. Fräulein Renzow folgte ihm, nachdem sie einen Augenblick gezögert hatte, und starrte, nach einem entzückten Blick auf den nett gepflegten alten Garten, neugierig einen Mast mit einer, nahe an seiner Spitze befestigten Tonne an, der am Ende des Gartens stand.

„Man hat eine schöne Aussicht von da oben," sagte Herr Hagedorn. „Mit dem Fernrohr des Kapitäns kann man deutlich die See sehen. Ich verbrachte fast den ganzen letzten Freitag nachmittag da oben und beaufsichtigte von da aus die Leute. Gefällt Ihnen der Garten? Meinen Sie, daß diese alten Schlingpflanzen vom Hause herabgerissen werden sollten?"

„Aber sicherlich nicht," sagte Fräulein Renzow mit Nachdruck.

gar ein sozialdemokratischer Stadtverordneter sich zur Flucht in die Oeffentlichkeit genötigt gesehen habe; sogar von der unglaublich dummen Behauptung, die rote Mehrheit habe ihre Macht benutzt, um Parteigenossen in Beamtenstellung zu bringen, die gar nicht nötig seien, ist man nicht zurückgeschreckt. Darüber lesen wir nun in der „Frankfurter Volksstimme" folgendes: Der Stadtverordnete Genosse Dr. Katz hat in der letzten Offenbacher Stadtverordnetenversammlung außerhalb der Tagesordnung einen schon längst von ihm vorgetragenen aber vom Oberbürgermeister ignorierten Wunsch nach einer Aufstellung der in den einzelnen städtischen Dezernaten beschäftigten Beamten wiederum vorgebracht. Kein Steuerzahler, am allerwenigsten ein sozialdemokratischer, wird das Verlangen des Genossen Katz als unberechtigt halten. Aber Genosse Katz hat — jedenfalls um seinem Verlangen mehr Nachdruck zu verleihen — dabei Behauptungen über das Versicherungsamt aufgestellt, von denen jeder Eingeweihte weiß, daß sie unrichtig sind, und daß Genosse Katz hier einem unwissenden oder gewissenlosen Gewährsmann zum Opfer gefallen ist. Er sagte vom städtischen Versicherungsamt, es habe elf Beamte und verlange vier weitere; in Wirklichkeit könnten nach seinen Informationen vier Mann die ganze Arbeit machen. In anderen Abteilungen sei es gerade so, die Dezernenten seien vielfach überlastet und müßten sich in den Ausschußsitzungen von ihren Sekretären erst informieren lassen. Die freisinnige Stadtverordnetenfraktion, bestehend aus zwei Rechtsanwälten, assistirte dem Genossen Katz. Alle Redner unserer Fraktion wandten sich dagegen, daß Genosse Katz auf Erzählungen von gewissen Leuten hin öffentliche Behauptungen aufstelle, ohne sich vorher von deren Richtigkeit zu überzeugen. Ueber das Versicherungsamt seien ihnen von einer gewissen Seite dieselben Anwürfe zugegangen. Aber gerade hier war man genau orientiert. Nicht 11, sondern 7 Beamte und eine Schreibgehilfin beschäftigt das Versicherungsamt Offenbach. Es hat fast doppelt so viel Fälle zu erledigen, wie das Versicherungsamt in Darmstadt und auch wesentlich mehr wie das in Mainz. Die Rentenanträge der Arbeiter müßten sofort erledigt werden; denn gerade für den Arbeiter ist Zeit Geld. Daß auf die Sozialdemokratie auch nicht der geringste Schatten einer Pflichtvergessenheit fallen kann, zeigt allein schon die ganze Art, wie die Angelegenheit von der Stadtverordnetenversammlung oder, um mit den Gegnern zu sprechen, von der roten Mehrheit behandelt worden ist. Bereits am vorigen Freitag hatte der Rechts- und Finanzausschuß sich mit den Beschwerden des Genossen Dr. Katz befaßt und einstimmig beschlossen, die von Dr. Katz schriftlich niederzulegenden und zu begründenden Vorwürfe der höchsten Kontrollinstanz der Stadt, dem aus Stadtverordneten aller Parteien bestehenden Kontrollausschuß, der auch das Recht eidlicher Vernehmungen hat, zur Untersuchung zu überweisen. Ferner war zu diesem Zweck eigens eine dringliche öffentliche Stadtverordnetensitzung mit dem Antrage des Rechtsausschusses als einzigen Tagesordnungspunkt einberufen worden. Die Galerien waren ob der „Sensation", zu der die Sache von der „Offenb. Zeitung" und der ihr nahestehenden Reichsverbandspresse gemacht worden ist, überfüllt. Genosse Ulrich als Referent des Rechtsausschusses empfahl Ueberweisung der Beschwerden an den Kontrollausschuß und erklärte mit aller Ausdrücklichkeit, daß rücksichtslos den Beschwerden nachgegangen und gar nichts vertuscht werden würde. Genosse Dr. Katz rechtfertigte noch einmal seinen Standpunkt. Sein Bestreben sei es nur, Klarheit zu schaffen. Oberbürgermeister Dr. Dullo erklärte für sich und seine Mitarbeiter, daß er sich jeder öffentlichen Stellungnahme zu den Katzschen Beschwerden so lange enthalten werde, bis der Kontrollausschuß seine Untersuchung abgeschlossen habe. Die Ueberweisung wurde einstimmig beschlossen. Das ist die neue „Affäre", die die Reichsverbändler bereits kräftig dahin ausschlachten, als sehe die sozialdemokratische Mehrheit nicht auf leistungsfähige Beamten in Offenbach, sondern schaffe nur Stellen für Parteigänger. Ob es dem Genossen Dr. Katz nicht bange wird, wenn er sich in der Gesellschaft sieht? Noch eins, um die ganze Heuchelei der Reichsverbändler aufzudecken. In den Jahren 1908, 1909 und 1910 hatten die Bürgerlichen in Offenbach die unumschränkte Mehrheit. Was haben sie denn getan, um den Beamtenapparat, den sie jetzt unter sozialdemokratischer Mehrheit für zu hoch erklären, zu vermindern? Gar nichts. Ja, sie haben Stellen auf Stellen neu geschaffen und anstandslos jede dahingehende Forderung erfüllt. Und — was nicht unerwähnt bleiben darf — die Steuern von 123,5 auf 189 Prozent erhöht.

Kein sozialdemokratischer Stadtrat in Berlin. Bei der Wahl von zwei unbesoldeten Stadträten waren am Donnerstag im Berliner Stadtparlament von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Dr. Arons und Dr. Weill vorgeschlagen worden. Genosse Arons unterlag mit 59 gegen 62 Stimmen, die für den Kommerzienrat Francke abgegeben wurden, und Genosse Weill erhielt 41 Stimmen gegen 76 Stimmen, die auf den bürgerlichen Kandidaten entfielen.

Das Ehrgefühl des Grafen. „Ein Graf hat ein feineres Ehrgefühl, als ein gewöhnlicher Mann aus dem Volke!" Mit dieser Begründung verwarf die Strafkammer in Freiburg i. B. die Berufung des Genossen Weißmann von der dortigen „Volkswacht" gegen das Urteil des Schöffengerichts wegen Beleidigung des Grafen Bodman. In der Polemik gegen ein Zentrumsblättchen hatte die Freiburger „Volkswacht" bemerkt, anstatt um den Genossen Bebel solle sich das Zentrum um seine schlesischen katholischen Gruben-Millionäre, um den Zentrums-Millionär Abg. Neuhaus, um den gräflichen Ziegeleibesitzer v. Bodmann usw. bekümmern. Wegen dieser Notiz wurde Weißmann mit 100 Mk. bestraft. Die Strafkammer bestätigte das Urteil.

Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei hielt am Mittwoch voriger Woche eine Sitzung ab. Verschiedene Arbeiterförderationen und Gewerkschaften sowie Konsumvereine haben sich der Arbeiterpartei angeschlossen. Beschlossen wurde, daß die Berichte für den Internationalen Kongreß von den Berichterstattern bereits dem Kongreß der belgischen Arbeiterpartei Ostern dieses Jahres vorzulegen sind. Die Diskussion darüber wird als Grundlage für die endgültigen, dem internationalen Kongreß zu erstattenden Berichte dienen. Die Beratung ging dann auf die politische Lage und auf den zu eröffnenden Wahlkampf über. Da die Liberalen das Wahlbündnis bei den letzten Wahlen für ihren Stimmenrückgang verantwortlich machen, erklärte sich der Generalrat der Partei einstimmig dafür, den kommenden Wahlkampf im rein sozialistischen Sinne zu führen. Die Frage der Wahlreform soll in den Mittelpunkt des ganzen Wahlkampfes gestellt werden. Am 18. Februar soll eine allgemeine Versammlung des Komitees für das allgemeine Wahlrecht stattfinden mit der Tagesordnung: Die Arbeiten der Wahlrechtsreform-Kommission und die Petition und das allgemeine Wahlrecht.

Die französische Partei hat wieder einen schmerzlichen Verlust erlitten. Mit Emile Landrin, der Freitag in Paris starb, ist ein alter und bewährter Genosse unserer Bewegung entrissen worden. Landrin, 1841 geboren, war von Beruf Ziseleur. Er gehörte schon der ersten Internationale an. Im zweiten Prozeß gegen die Internationale wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Am Kommuneaufstand nahm er regen Anteil. Nach der Eroberung von Paris entkam er nach London. Als ihm die Amnestie erlaubte nach Paris zurückzukehren, wurde er 1893 in den Gemeinderat gewählt und war bald Führer unserer Fraktion. Landrin gehörte der Richtung der Blanquisten an, war aber schon vor Amsterdam einer der eifrigsten Förderer der Einigung. Landrin war auch Mitglied des Parteivorstandes. Das französische Proletariat verliert in ihm einen treuen und guten Berater.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Berechtigung der Linke-Hofmann-Aussperrung. In Breslau sind die Arbeiter der Linke-Hofmann-Werke mit der Betriebsleitung in Konflikt geraten. Die Arbeiter waren zu unzufrieden geworden, man mußte sie deswegen hinausschmeißen. Bekanntlich wird in der rentablen Breslauer Waggonfabrik die Stunde Hilfsarbeit mit 31 Pfg. bezahlt! Denken wir einmal über diese Tatsache etwas genauer nach. Zehn Stunden, jede zu einunddreißig Pfennigen, sind drei Mark und zehn Pfennige. Fünfundfünfzig Arbeitstage dieser Art ergeben rund 170 Mark. Also: um 170 Mark zu verdienen, braucht ein Einunddreißigpfennigarbeiter 55 Arbeitstage mehr als ein Sechstel des Jahres. Vor zwei Jahren gelang es den Aktionären 350 Mark für jede Aktie zu erarbeiten .... Vierzehn bedeutende Persönlichkeiten führen die Geschäfte der Linke-Hofmann-Werke. Das heißt, sie beaufsichtigen sie, für die gewöhnliche Arbeit hat man seine angestellten Direktoren. Das Gremium, das hier die Aufsicht über Arbeiterlöhne und Dividenden ausübt, besteht aus sehr, sehr anständig bezahlten Bankdirektoren, deren Jahresgehalt so um die 50 000—100 000 Mark herumschwankt, die aber auch noch das Einfache und Doppelte dieser Beträge an Tantiemen einstecken — und aus ähnlichen Leuten, in ähnlich gut bezahlter Stellung, mit ähnlich umfangreichen Tantiemen. Diese Aufsichtsräte erhielten für die Beobachtung der Linke-Hofmann-Werke per 1912 zusammen 307 490 Mark. Leider geht diese Summe in vierzehn Teile, es kommt auf jeden Aufsichtsrat 21963 Mark! Der Einunddreißigpfennigarbeiter kann auch soviel verdienen, daß er die Einnahme für die vier oder sechs Sitzungen, die der Aufsichtsrat im Jahre abtut, in seine Tasche stecken kann, er braucht dazu nur etwas Zeit, nämlich — rund vierundzwanzig Jahre! Ist der Arbeiter aber fleißig, genügsam, sparsam, fromm und nicht dick, dumm, liederlich, faul, gefräßig und widerlich, wie gewisse Umstürzler, dann kann er sogar das verdienen, was die vierzehn Aufsichtsräte zusammen in einem Jahre als kleine Spesenentschädigung einstecken, er braucht dazu wieder nur Zeit — rund 350 Jahre. Illusionisten behaupten immer wieder, der Kapitalismus habe auch so etwas wie eine Moral, er habe auch seine Anständigkeit. Möglich! Wir bezweifeln es sehr. Auf jeden Fall gehört das Verhalten der Linke-Hofmann-Werke, der Leitung eines Unternehmens, das jahraus, jahrein goldene Berge verdient, in das Kapitel der schmutzigsten Ausbeutung, die nur denkbar ist. Es ist geradezu eine Ehre für die organisierten Arbeiter durch alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel sich bei den Linke-Hofmann-Werken ihr gutes Menschenrecht zu erkämpfen.

Eine Kundgebung der christlichen Gewerkschaften. Wie uns aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet mitgeteilt wird, werden kommenden Sonntag in Bochum die katholischen Arbietervereine und die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands tagen, um zu den fortgesetzten Beunruhigungen Stellung zu nehmen, denen die christliche Arbeiterbewegung ausgesetzt ist. Den Quertreibereien wie Oppersdorff, Niborowski usw. soll ungeschminkt die Wahrheit gesagt werden. — An anderen Orten sollen später ähnliche Kundgebungen stattfinden. Die „Essener Volkszeitung", das führende Zentrumsblatt des Ruhrgebiets fordert den Kardinal Kopp auf, sich über die zerstörende Tätigkeit des Grafen Oppersdorff in vollem Umfange unterrichten zu lassen und einen scharfen Grenzstrich zwischen sich und den Quertreibereien Oppersdorffs zu ziehen. Graf Oppersdorff sei der eigentliche Mittelpunkt der gegenwärtigen internationalen Hetze.

Aufruhr unter den Gelben. Der Kitt, der die „Wirtschaftsfriedlichen" zusammenhalten soll, verliert auf die Dauer seine Wirksamkeit. Wir haben schon wiederholt gehört von schweren Differenzen, die die Reihe der Gelben aufwühlten. Jetzt wird ein Gleiches aus Magdeburg berichtet, und zwar ist es das dortige gelbe Blatt selber, das den verhüllenden Schleier vor diesen Zuständen wegzieht. Hader und Streit seien eingezogen, so heißt es, so daß die „Förderung zur Kollegialität zum Märchenbilde geworden und das wichtige Moment der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen herabgesunken sei zu einem Feilschen um Paragraphen, Abrechnungen — alles in allem eine geborstene Säule, ein zersplitterter Stamm, den noch stützen zu können auch der Zielbewußteste nicht mehr erhoffen dürfte." Trotz dieser doch wahrhaft verzweifelten Situation wurde der Versuch unternommen, der „geborstenen Säule" wieder aufzuhelfen. Dazu wurde dieser Tage eine Versammlung abgehalten, in der ein „Kartell der vaterländischen Arbeitervereine von Magdeburg und Umgegend" gegründet werden sollte. Der Syndikus der Reichsverbändler, Dr. Pohl, hatte die Aufgabe, die auseinanderstrebenden Elemente wieder zusammenzureden. Der Erfolg war der, daß es zu einer wüsten Auseinandersetzung kam, die schließlich in persönlichem Klatsch und Tratsch endete. Unter diesen Umständen hat es auch keine Bedeutung, daß die Mehrheit der Versammlung sich zuletzt noch „prinzipiell für die Gründung eines Kartells entschied. Das gelbe Blatt meint selbst, wenn das Kartell zustande kommen sollte, dann müßte mit einem eisernen Besen gründlich ausgefegt werden. Diese Gärungen in den Reihen der Gelben kommen nicht von ungefähr; sie sind in dem Wesen dieser „Bewegung" begründet, die nicht großen Zielen nachstrebt, sondern sich stützt einesteils auf den terroristischen Zwang, den das Unternehmertum ausübt, und anderenteils auf jene haltlosen Charaktere, die da glauben, durch liebedienerisches Wohlverhalten weiter zu kommen, als durch zielklaren Zusammenschluß mit ihren Arbeitskollegen. Da ergeben sich zu bald Differenzen, die auch so leicht nicht zu überbrücken sind, weil ein einigendes alle zusammenschweißendes Band fehlt. Solche Streitigkeiten aber fördern in den Reihen der Arbeiter die Erkenntnis, daß nicht bei den Gelben, die nur dem Unternehmertum dienen, ihr Platz ist, sondern daß sie in die freien Gewerkschaften hineingehören.

Stillegung von Kohlenzechen an der Ruhr. Der Ruhrbergbau wandert so langsam nach Norden. Die alten Zechen des Ruhrtales verschwinden, um an der Emscher, an der Lippe und am Niederrhein in neuer Gestalt und unter anderem Namen ihre Auferstehung zu feiern. So sind seit 1902 stillgelegt worden die Zechen „Steingatt" im Amte Hattingen, „Steinbank" und „Anna Maria" bei Höntrop, „Charlotte" bei Altendorf, „Freiberg" bei Sölde, „Richradt" bei Werden

---

„Ganz, was ich sagte," bemerkte Herr Hagedorn. „Kapitän Boldt wünschte sie entfernt zu sehen, aber ich stimmte ihn um. Ich riet ihm, Sie erst um Rat zu fragen."

„Ich glaube nicht, daß es ihm mit seiner Absicht ernst war," sagte das junge Mädchen.

„Doch," erwiderte der andere entschieden; „er sagte, sie sähen unordentlich aus. Wie gefällt Ihnen die Art, wie das Haus möbliert ist?"

Das junge Mädchen blickte ihn ein paar Augenblicke an, ehe es ihm antwortete. „Es gefällt mir sehr," sagte sie kühl.

„Das ist gut," meinte Herr Hagedorn mit einer Miene großer Erleichterung. „Sehen Sie, ich gab dem Kapitän den Rat, was er kaufen sollte. Ich fuhr mit ihm nach Stettin und half ihm wählen. Ihr Zimmer machte mir wohl die meiste Sorge."

„Mein Zimmer?" sagte das junge Mädchen erstaunt.

„Es ist ein Traum in den besten Schattierungen von rosa und grün," sprach Herr Hagedorn bescheiden. „Rosa an den Wänden und Teppiche und Portieren grün; drei oder vier alte Möbelstücke — der Kapitän wollte nicht, aber ich gab nicht nach, und als Bilder habe ich zwei oder drei kleine Sachen aus einer Kunstzeitschrift einrahmen lassen."

„Gehört das Möblieren zu Ihrem Geschäft?" fragte das junge Mädchen, ihn voll Ueberraschung anblickend.

„Geschäft?" sagte der andere. „O, nein. Ich tat es zum Vergnügen. Ich suchte aus und der Kapitän bezahlte. Es war eine famose Art, Erfahrungen zu sammeln. Die schnöde Frage nach dem Preis gab es nicht; diesmal kamen die Kosten für mich nicht in Betracht. Ich wollte, Sie würden mal eben in Ihr Zimmer hinaufgehen und sehen, wie es Ihnen gefällt. Es ist das über der Küche."

Fräulein Renzow zauderte, aber dann zog sie die Neugierde, in Verbindung mit der verlockenden Aussicht, am Ende ihr Mißfallen mit der gelobten Ausstattung aussprechen zu können, ins Haus und nach oben. Nach wenigen Minuten kam sie wieder herunter.

„Ich denke, es ist recht so," sagte sie unfreundlich, „aber ich kann nicht verstehen, warum Sie das ausgesucht haben sollten."

„Ich mußte," entgegnete Herr Hagedorn vertraulich. „Ich fuhr zufällig denselben Tag nach Stettin wie der Kapitän und ging dann mit ihm in einen Laden. Wenn Sie nur die Sachen sehen könnten, die er kaufen wollte, würden Sie verzagen."

Das junge Mädchen schwieg.

„Die Tapete, die der Kapitän für Ihr Zimmer aussuchte," fuhr Herr Hagedorn fort, „war mit den Blütenzweigen eines unbekannten Strauches geschmückt und auf dem obersten Zweige saß ein Kolibri und verzehrte eine Libelle. Ein ungefährer Ueberschlag zeigte mir, daß Sie jedesmal, wenn Sie am Morgen Ihre Augen aufschlügen, siebenundfünfzig Kolibris — alle nach demselben Muster — sehen würden, die siebenundfünfzig ditto Libellen verzehrten. Der Kapitän sagte, das wäre sehr lustig."

„Ich zweifle nicht, daß meines Onkels Wahl mich befriedigt haben würde," sagte Fräulein Renzow kalt.

„Die Vorhänge, die ihm am besten gefielen, waren rot, und über die ganze Fläche krochen kleine gelbe Tiger," fuhr Herr Hagedorn fort. „Der Kapitän schien ein großer Freund von Tieren zu sein."

„Ich glaube, Sie waren ziemlich kühn," sagte das junge Mädchen. „Wenn mir nun mal die von Ihnen ausgesuchten Sachen nicht gefallen hätten?"

Herr Hagedorn sann nach. „Ich hatte das Gefühl, daß Sie sie würden leiden mögen," meinte er endlich. „Es kostete mich einen harten Kampf, daß ich nicht einige von den Sachen für mich selbst behielt. Seit Jahren hatte ich meine Augen auf die beiden Chippendale-Stühle geworfen. Sie gehörten einer alten Frau in der Wallstraße, aber sie weigerte sich immer, sich davon zu trennen. Ich würde sie auch nicht bekommen haben, wenn sie nicht neulich mit dem einen zusammengebrochen wäre."

„Zusammengebrochen?" wiederholte Fräulein Renzow scharf. „Sprechen Sie von einem der Stühle in meinem Schlafzimmer?"

Herr Hagedorn nickte. „Sie hat einen ziemlich bösen Fall," sagte er. „Ich schmiedete das Eisen, so lange es warm war und machte ihr ein Gebot, als sie noch an den Folgen zu Bett lag. Es ist der, welcher an der Wand steht; der andere ist in Ordnung, bei einiger Vorsicht."

Nach einer ziemlich langen Pause dankte Fräulein Renzow ihm:

„Sie müssen meinem Onkel sehr nützlich gewesen sein," sagte sie langsam. „Ich bin sicher, daß er nie von selbst auf den Gedanken gekommen wäre, derartige Stühle zu kaufen."

„Er ist sein ganzes Leben lang auf See gewesen," meinte Herr Hagedorn zur Entschuldigung. „Sie haben ihn wohl lange Zeit nicht gesehen?"

„Zehn Jahre," war die Antwort.

„Er ist ein famoser Gesellschafter," sagte Herr Hagedorn. „Sein Leben ist eine lange Reise von Abenteuern in allen Teilen des Erdballs gewesen. Sein Vorrat von Garnen ist wie das Oelfläschlein der Witwe. Und da kommt er," fügte er hinzu, als ein klapperiger Wagen vor dem Hause vorfuhr, und ein älterer Herr, mit einem roten, verwitterten Gesicht, das zum Teil von einer grauen Bartwolke verborgen wurde, ausstieg und nun auf der Schwelle stand und das junge Mädchen mit einem Gefühl, das nahe an Verlegenheit grenzte, betrachtete.

„Das ist doch nicht — nicht Magda?" sagte er schließlich, seine Hand ausstreckend und sie anstarrend.

„Ja, Onkel," sprach das junge Mädchen.

Sie schüttelten sich die Hand, worauf Kapitän Boldt nach einem Käfig griff, der einen Papagei enthielt, der den ganzen Weg vom Bahnhof her höchst geräuschvoll den Kutscher um einen Kuß gebeten hatte; dann gab er dieser Person, die sehr verwirrt war, ihr Fahrgeld und trat wieder in das Haus.

„Freut mich, Sie zu sehen, mein Junge," sagte er, Herrn Hagedorn die Hand schüttelnd und verstohlen nach seiner Nicht blickend. „Hoffentlich hast du nicht lange gewartet," fügte er hinzu, sich an letztere wendend.

„Nein, erwiderte Fräulein Renzow, ihn mit erstaunter Miene betrachtend.

„Ich verpaßte den Zug," sagte der Kapitän. „Wir müssen versuchen, es das nächstemal besser zu machen. Ich — ich hoffe, du wirst dich hier behaglich fühlen."

„Danke," entgegnete das junge Mädchen.

„Du hast große Aehnlichkeit mit deiner armen Mutter," meinte der Kapitän.

„Das hoffe ich," sagte Magda.

Sie trat an den Kapitän heran und küßte ihn, nach kurzem Zögern, auf die Wange. Im nächsten Augenblick war sie umfaßt und wurde von den Armen eines kräftigen und zärtlichen Bären erdrückt.

„Zum Henker, wenn ich erst wüßte, wie ich dich nehmen sollte," sagte der Kapitän, dessen rotes Gesicht vor Befriedigung strahlte. „Kleine Mädel, ja, aber wenn sie aufwachsen zu —" er hielt sie von sich und warf einen stolzen Blick auf sie — „zu hübschen und gesetzt aussehenden jungen Damen, dann weiß man nicht recht, wie man dran ist."

Er nahm sie von neuem in seine Arme, küßte ihre Stirn und nickte vergnügt in der Richtung nach Herrn Hagedorn, der sich nun den Anschein gab, als schaue er zum Fenster hinaus.

„Mein Mann wird bald da sein," sagte er, das Mädchen frei gebend „und dann wollen wir mal von wegen einem Abendbrot sehen. Er holte mich vom Bahnhof ab und ich habe ihn dann gleich losgeschickt, um etwas zu essen einzukaufen."

(Fortsetzung folgt.)

und „Lukas“ bei Dortmund. Die Liste der stillgelegten Zechen wird am 1. April dieses Jahres wieder um zwei Namen vergrößert. Der Zeche „Altendorf“ ist das Todesurteil gesprochen, das am 31. März vollstreckt wird. Am selben Tage wird die Zeche „Eiberg“ bei Steele ihren Betrieb einstellen. Besitzer der beiden Gruben sind die Essener Steinkohlen A.-G. und die Gewerkschaft Ewald in Herten. Beides sind große Bergwerksgesellschaften, die mit jährlichen Betriebsüberschüssen von 7 bis 10 Millionen Mark aufwarten können. Die Stillegung von „Eiberg“ und „Altendorf“ ist typisch für die kapitalistische Wirtschaft im Bergbau. Fast alle die stillgelegten Zechen gehörten großen Gesellschaften an, zu deren Besitz noch Dutzende anderer Kohlengruben zählen. Als Mitglieder des Kohlensyndikats ist ihnen eine gewisse Fördermenge zugemessen, die sich auf alle ihre Schächte verteilt. Natürlich ist den Besitzern jene Zeche am liebsten, die ihre Förderung mit den geringsten Betriebsunkosten herausbringt, und das sind die modernen großen Schächte in den nördlichen Revieren, während die alten Zechen an der Ruhr mit ihren teilweise veralteten Einrichtungen weniger Gewinn aufbringen. Statt sich mit einem kleineren Profit zu begnügen, oder die Ruhrgruben auszubauen, beschreiten die Werksherren den kürzesten Weg; sie legen die Gruben an der Ruhr still, weil sie „unrentabel“ geworden sind. Sie riskieren dabei nichts, da die Förderziffer der stillgelegten Grube ohne weiteres auf ihre anderen, günstiger arbeitenden Schächte übernehmen. Und um die Förderziffer ist es ihnen vor allem zu tun, ihretwegen werden sogar alte Gruben angekauft, mit der Absicht, sie still zu legen. Die Gewerkschaft Ewald und die Essener Steinkohlen-B.-A.-G. sind auch erst seit einigen Jahren Besitzer von „Eiberg“ und „Altendorf“, deren Stillegung für den 31. März beschlossen ist. Zum mindesten bei der Zeche „Eiberg“ muß man annehmen, daß sie von der Gewerkschaft Ewald nur der Förderziffer wegen gekauft wurde, und auch die Essener Steinkohlen-B.-A.-G. wird sich von solchem Verdacht schwer reinigen können. Beiden Unternehmen ist im letzten Jahr vom Kohlensyndikat die Förderziffer um mehrere hunderttausend Tonnen erhöht worden, und trotzdem bringen sie je einen ihrer Schächte zum Stillstand. Vielleicht grade deshalb! Ein solches Verfahren bedeutet eine schwere Schädigung der Allgemeinheit. Die in der Erde liegenden Kohlenschätze gehören der Nation, und niemandem steht das Recht zu, sie um eines persönlichen Vorteils willen zu vernichten. Denn etwas anderes bedeutet die Stillegung der Gruben nicht. Die jetzt preisgegebenen Kohlenlager werden von unseren Nachkommen kaum noch gewonnen werden können, wenn die Schächte einmal ersoffen sind. Am empfindlichsten werden aber die Arbeiter der stillgelegten Zechen und der Gemeinden getroffen, in deren Bereich sie liegen. Die Arbeiter der alten Grubenbezirke an der Ruhr sind ein seßhaftes Völkchen, sie besitzen meist ein eigenes Haus, sogenannte Kotten. Ihnen wird es darum recht schwer, dem Zuge der Industrie nach dem Norden der Provinz zu folgen, zumal sie für ihre Grundstücke keine Käufer finden. Wer wollte wohl auch ein Haus übernehmen, wenn nach dem Wegfall der Arbeitsgelegenheit die Wohnungsmiete rapide sinkt, während gleichzeitig die Gemeindesteuern eine starke Steigerung erfahren. Die Folge ist Rückgang des Geschäftslebens, Verarmung weiter Volkskreise. — Gewiß ist solchen Schicksalen jedes Bergrevier ausgesetzt, dessen Mineralvorräte zu Ende gehen. An der Ruhr ist es aber noch nicht so weit. Würde der Bergbau betrieben nach den Grundsätzen einer vernünftigen Volkswirtschaft, zur Gewinnung der Erdschätze im Dienste der allgemeinen Wohlfahrt, dann könnten die stillgelegten Ruhrgruben wohl noch Jahrzehnte hindurch Kohle fördern. So aber ist der Bergbau nur ein Mittel, um das syndikalistische Ausbeutertum zu bereichern, und das denkt: Nach uns die Sündflut.

Die größte Gewerkschaft der Welt. Ueber die berufliche Zusammensetzung der größten Gewerkschaft der Welt, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, informiert folgende Zusammenstellung aus den Berufszählungen des Verbandes:

Berufe	Zahl der Mitglieder 1891	1901	1912
Drahtarbeiter	217	527	2438
Dreher usw.	2023	12431	53512
Elektromonteure	—	—	10046
Feilenhauer	1138	1082	2348
Gürtler	330	2898	8310
Heizer und Maschinisten	100	379	2711
Hochofen- und Hüttenarbeiter	—	—	2336
Kupferschmiede	117	148	750
Mechaniker	723	3851	21940
Metalldrücker	226	1072	2793
Metallschleifer	—	2577	14902
Nadelarbeiter	—	786	1650
Arbeiter in der optischen Industrie	—	489	1791
Schläger	658	1755	2093
Schlosser	8505	29918	143601
Walzwerkarbeiter	—	—	3865
Werftarbeiter	—	1528	7614
Arbeiterinnen aller Art	330	2460	27876
Zinngießer	69	281	468
Former, Gießereihilfsarbeiter	3323	11088	56606
Goldarbeiter und Graveure	77	1353	12080
Klempner und Installateure	3026	10509	35009
Schmiede	1056	6018	42243
Hilfsarbeiter usw.	1309	10910	105280
Nichtmetallarbeiter	16	800	5285

In diesen Zahlen spiegelt sich neben der einzigartigen Entwicklung des Deutschen Metallarbeiterverbandes auch die technische und industrielle Entwicklung der deutschen Maschinen- und Metallindustrie wieder. Sie zeigen aber auch, daß das Prinzip des Industrieverbandes trotz aller scheinbaren Schwierigkeiten in der deutschen Metallindustrie besonders riesenhafte Fortschritte macht.

Keine Massenaussperrung in Norwegen. In der Nacht zum 6. Februar gelang es dem von der Regierung eingesetzten Vermittler, Telegraphendirektor Heftye, eine Einigung zwischen dem Arbeitgeberverbande und dem Landessekretariat der Gewerkschaften herbeizuführen. Sowohl die angedrohte Massenaussperrung, als auch die von den Arbeitern angekündigten Streiks fallen fort. Das Landessekretariat der Gewerkschaften hatte den Streik der Arbeiter auf dem Platze der Jahrhundertausstellung, die demnächst zur Feier der hundertjährigen politischen Selbständigkeit Norwegens stattfindet, angekündigt, und allein deshalb mußten die Unternehmer nachgeben; denn die Arbeiten, die ohnedies noch weit zurück sind, müssen ausgeführt werden, sonst wären nicht allein Hunderttausende verloren gegangen, sondern auch das „patriotische Werk“, als welches die Ausstellung angesehen wird, wäre in Frage gestellt gewesen. Aber weiter hatte das Landessekretariat einen allgemeinen Buchdruckerstreik (die sozialdemokratische Presse ausgenommen), einen Streik der Matrosen und Heizer und der übrigen Schiffsmannschaft der Küstenfahrt, einen Streik der Bäcker in Christiania, Bergen, Trondhjem und Stavanger (ausgenommen die Arbeiterbäckereien) angeordnet. Dieser kräftige Gegenzug der Gewerkschaften zwang die Unternehmer zum Nachgeben, und so hoben sie denn auch die unsinnige Drohung der Massenaussperrung auf, ohne auch nur die kleinste Bedingung zu stellen. Damit war der Grund zu den angekündigten Streiks weggefallen, und die norwegischen Arbeiter haben wieder einmal einen Erfolg über den Unternehmerverband davongetragen.

Zu einem bevorstehenden Streik in der spanischen Handelsmarine wird gemeldet: Der Verband der Seeleute der Provinz Biscaya teilte dem Gouverneur mit, daß die Mitglieder des Verbandes am 14. Februar in den Ausstand treten und daß die Kapitäne, Lotsen und Matrosen der in Bilbao eingeschriebenen Handelsschiffe in den Häfen, welche sie an dem genannten Tage anlaufen, ihre Posten verlassen werden. Durch den Streik wurden 18 Schiffahrtsgesellschaften mit 89 Schiffen betroffen. Die Vertreter der Ausständigen werden sich nach Bordeaux, Rotterdam, Newcastle und Cardiff wenden, um einen Erfolg der Streikbewegung zu sichern.

Soziales.

Ungültige Krankenkassenwahl. Bei der Krankenkassenwahl in Saalfeld (Thüringen) hatten die Nationalen, Gelben usw. eine Niederlage erlitten, sie brachten es nur auf über 200 Stimmen, während die freien Gewerkschaften zirka 2400 Stimmen erhielten. Um sich zu revanchieren, liefen sie zum Versicherungsamt und fochten die Wahl an. Der Hauptanfechtungsgrund bestand darin, daß nicht nach einer Liste der Wahlberechtigten gewählt worden ist. Das Versicherungsamt hat nun den Einspruch als berechtigt anerkannt und die Wahl für ungültig erklärt. Die Nationalen werden aber bei einem zweiten Wahlgang schwerlich auf ihre Rechnung kommen.

Wahltreibereien in der Dresdener Ortskrankenkasse. Auch in der Dresdener Ortskrankenkasse sind die Scharfmacher eifrig am Werke, um den Arbeitern die Verwaltung aus den Händen zu winden und um den bisherigen Vorstand zu beseitigen. Es fehlt ihnen dabei jeder sachliche Grund; ihnen liegt nur daran, den bisherigen Vorsitzenden, Genossen Fräßdorf, zu beseitigen. Gegen diese Treibereien wandten sich sogar die dem Vorstande angehörenden Arbeitgebervertreter. Diese versandten ein Zirkular, in dem sie betonten, daß bisher beide Parteien in der Generalversammlung und im Vorstande im wohlverstandenen gegenseitigen wirtschaftlichen Interesse und unter Ausschaltung aller Politik die Kassenverwaltung zu einem gedeihlichen Ergebnisse geführt hätten. Die Ablehnung des Genossen Fräßdorf durch die Arbeitgeber würde eine Kampfansage an die Versicherten im Ausschuß und im Vorstande bedeuten. Es würde dann leider die Politik, die bisher in der Krankenkasse keinen Platz hatte, in schlimmsten Maße in die Kassenverwaltung getragen werden. Die Scharfmacher schrecken aber durchaus nicht davor zurück. Und so haben sie nun auch ihre Pläne durchgesetzt. Bei der Neuwahl des Vorstandes der Ortskrankenkasse lagen nicht weniger als vier Listen vor. Die Liste der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erhielt 13 Sitze, die der nationalen Arbeiter einen Sitz. Di eListe der bewährten Arbeitgeber (so nennen sich die, die bisher dem Vorstande angehörten und bereit sind, den Genossen Fräßdorf wiederzuwählen) erhielten aber nur drei Sitze, während die Liste der nationalliberalen Scharfmacher vier Sitze errang. So ist die Wiederwahl des Genossen Fräßdorf so gut wie vereitelt. Die Vorsitzendenwahl die am 10. Februar stattfinden soll, wird resultatlos verlaufen, so daß auch die große Dresdener Ortskrankenkasse ihren Vorsitzenden vom Versicherungsamt zudiktiert erhalten wird.

Die Krise. Die süddeutschen Baumwollindustriellen beschlossen, seinerzeit eine Produktionseinschränkung in der Richtung vorzunehmen, daß bis zum 1. April nur an fünf Tagen in der Woche gearbeitet wird. Am Mittwoch hat nun wieder eine Versammlung der süddeutschen Baumwollindustriellen in München getagt, an der Vertreter von 33 Rohwebereien teilnahmen, die insgesamt 31 000 Webstühle stehen haben. Es wurde beschlossen, die Betriebseinschränkung auch im zweiten Quartal 1914 fortbestehen zu lassen, falls sich weitere Rohwebereien in dem Umfange anschließen, daß eine Gesamtbeteiligung von 40 000 Webstühlen erreicht wird. Da jetzt schon Betriebe mit 31 000 Webstühlen für die Betriebseinschränkung sich aussprachen, wird es nicht schwer fallen, den Rest noch zu erlangen. — Die Textilarbeiter können sich also auf ein weiteres Hungervierteljahr gefaßt machen.

Die Arbeitslosigkeit. Wie groß die Arbeitslosigkeit ist, zeigt u. a. auch die Benutzung des städtischen Arbeitsnachweises von Fürth i. B. Im Jahre 1913 lagen in der Abteilung für Männer 9256 Stellengesuche vor. Dagegen erfolgten nur 4135 Stellenangebote; auf 100 offene Stellen kommen also 223 Stellensuchende. In der Abteilung für weibliche Arbeitskräfte, wo sonst die Stellenangebote die Stellengesuche überwiegen, änderte sich das 1913. Es suchten 3393 Personen Arbeit und nur 2846 Stellen wurden angeboten. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im Januar 1914 noch bedeutend verschlechtert. In der männlichen Abteilung standen 931 Stellengesuchen nur 161 Stellenangebote gegenüber. Auf 100 offene Stellen kommen also 580 Arbeitslose. In der weiblichen Abteilung sind 355 Stellengesuche und 236 Stellenangebote gezählt worden. — Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion der Stadt Altenburg brachte in der letzten Sitzung einen Antrag ein, 5000 Mk. für Notstandsarbeiten und Arbeitslosenunterstützung bereit zu stellen. Bei Notstandsarbeiten soll für Verheiratete ein Stundenlohn von 35 Pfg., für Ledige 30 Pfg. gewährt werden. Personen, die nicht beschäftigt werden können oder die sich zu Notstandsarbeiten nicht eignen, soll pro Tag eine Unterstützung von 1 Mk. und für jedes Kind 15 Pfg. bis zum Höchstbetrage von 45 Pfg. für drei und mehr Kinder, für Ledige ein Betrag von 70 Pfg. gewährt werden. In einer Erklärung protestierten unsere Genossen gegen die Verschleppung der Angelegenheit, forderten die Beschleunigung der Arbeitslosenzählung und die Erledigung des Antrags unter allen Umständen in der Sitzung am 19. Februar.

Die städtische zweite Arbeitslosenzählung in Freiburg im Breisgau, die am 30. Januar vorgenommen wurde, ergab 206 Arbeitslose und 402 mit Notstandsarbeiten Beschäftigte. Die letzteren hat man merkwürdigerweise nicht als Arbeitslose gezählt. Am 31. Januar 1913 haben sich nur 84 Arbeitslose gemeldet, ein Beweis, wie auch in den Städten unter 100 000 Einwohnern — Freiburg zählt 85 000 — die Arbeitslosigkeit zunimmt. — Die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes für Baden, Württemberg, die Pfalz und Elsaß teilt mit, daß innerhalb dieses Bezirkes im November 1913 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres 4145 Arbeiter weniger beschäftigt wurden und der Gesamtlohnausfall 219 000 Mark wöchentlich beträgt. Die Arbeitslosen- und andere Unterstützung betrug 1912 pro Kopf 8,94 Mark, 1913 aber 13,38 Mark.

Die Arbeitslosenversicherung in Bayern. Der Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer nahm am Freitag nach Ueberwindung mancher innerer Widerstände die Forderung der Regierung auf Bewilligung von 75 000 Mark an, die bestimmt sind, Zuschüsse an Gemeinden zu leisten, die die Arbeitslosenversicherung einführen wollen. Damit ist zum ersten Male in einem Einzelstaat die Arbeitslosenversicherung im Prinzip anerkannt und in der Ausführung gefördert worden.

Kommunales.

Die freiwillige Verhältniswahl in Straßburg gescheitert. In dem jetzigen Straßburger Gemeinderat, der 36 Mitglieder zählt, sitzt kein einziger Sozialdemokrat. Bei der Wahl vor sechs Jahren gingen die Liberalen und Klerikalen zusammen und so kam es, daß gleich beim ersten Wahlgang sämtliche Sozialdemokraten ausfielen. Diesmal befürchten die bürgerlichen Parteien aber infolge des starken Anwachsens der sozialdemokratischen Stimmen bei der Reichstagswahl wie bei der Landtagswahl, daß sie bei den Gemeinderatswahlen schlecht abschließen und sie boten aus diesem Grunde den Sozialdemokraten ein Kompromiß an. Die Liberalen empfahlen allen in Betracht kommenden Parteien, für die kommende Gemeinderatswahl die Proportionalwahl gemeinsam festzulegen. Am Donnerstag abend fanden nun Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteiführern statt. Der freiwillige Proporz, so wie ihn die Liberalen sich gedacht haben, scheiterte, weil die Sozialdemokraten erklärten, daß sie nicht willens sind, die Wählerschaft bei der Entscheidung über den zukünftigen Gemeinderat auszuschalten. Darüber sind die Liberalen wie die Klerikalen natürlich sehr ungehalten. — Der freiwillige Proporz fällt jedoch aus und die Wahlschlacht wird so wie bisher ausgekämpft werden.

Billiges Gas. Auf Drängen der Bevölkerung und nach wiederholten Anträgen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion entschloß sich die Stadtverwaltung in Mainz im Frühjahr 1913, die überaus hohen Gaspreise zu reduzieren. Mit den billigeren Preisen wurde auch das Gas schlechter, und Reklamationen brachten nur vorübergehend Besserung. Plötzlich brachte das „Mainzer Journal“ die aufsehenerregende Mitteilung, daß „das Leuchtgas, das früher 5100 Kalorien hatte, nur noch 4300 besitze, mithin um mehr als 15 Proz. verschlechtert worden sei“. Die Stadtverwaltung „berichtigte“ in einer „vorläufigen Notiz“, daß nicht um 15 Proz., sondern nur um etwa 7 Proz. die Qualität verschlechtert worden sei, auch habe die Gasdirektion ohne Wissen der Bürgermeisterei diese Verschlechterung vorgenommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Streikbrecheragent Kaczmarek als Angeklagter. Der Streikbrecheragent Kaczmarek hatte sich vor der Strafkammer des Landgerichts Halberstadt wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Als im verflossenen Herbst in Aschersleben die Former in der Maschinenbauanstalt A. G. streikten, erschien auch Kaczmarek auf dem Plan, um Streikbrecher zu vermitteln. Das Geschäft brachte so viel ein, daß er Autofahrten unternehmen konnte, wobei er das Fahrzeug selber lenkte. Am 4. Oktober hatte er in Begleitung seiner Frau und eines anderen Ehepaares eine Autofahrt nach Magdeburg unternommen, von der sie gegen 3 Uhr nachts nach Aschersleben zurückkehrten. Infolge mangelhafter Beleuchtung des Autos wurde der 89jährige Schneider Kühne von dem Auto überfahren und so schwer verletzt, daß er an den Folgen des Unfalles nach einigen Tagen starb. Gegen Kaczmarek wurde hierauf Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Wie aus der Anklageschrift hervorging, nennt sich Kaczmarek prahlerisch: „Leiter der Anti-Gewerkschaften von Berlin“. Er ist wiederholt vorbestraft, darunter wegen Unterschlagung und Körperverletzung. Zu Beginn der Verhandlung versuchte Kaczmarek für sich dadurch Stimmung zu machen, daß er sich den Richtern mit den Worten empfahl: „Sie wissen doch, ich mache in Streiken.“ Der Vorsitzende tat indessen diesen Versuch mit den Worten ab: „Das gehört nicht hierher!“ Bei seiner Vernehmung bestritt Kaczmarek, schuldig zu sein; er habe den Schneider nicht umgefahren, sondern dieser habe auf der Straße gelegen und sei dabei angefahren worden. Nach dem Vorfall hat Kaczmarek den Überfahrenen, der Verletzungen an Beinen, Armen und Rücken sowie einen doppelten Beckenbruch erlitten hatte, vor die Haustür des in der Nähe gelegenen Wohnhauses Kühnes gelegt und ihn dort allein in der Nacht liegen lassen, ohne sich um ihn zu kümmern, eine Handlungsweise, die der Staatsanwalt als frivol bezeichnete. Kaczmarek behauptete, er habe Kühne für unverletzt gehalten, zumal er noch gestanden habe, als er ihn vor der Haustür verlassen hätte. Die Sachverständigen bezeichneten es jedoch als unmöglich, daß der Überfahrene bei dem doppelten Beckenbruch noch habe gehen oder stehen können. Das Gericht verurteilte Kaczmarek dem Antrage des Staatsanwalts gemäß wegen fahrlässiger Tötung zu einem Monat Gefängnis.

Um eine Lappalie fünf Jahre ins Zuchthaus. Von dem Rudolstadter Schwurgericht wurde der Arbeiter Albertin wegen Verleitung zum Meineid zu fünf Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust und der Arbeiter Rolle wegen Meineids zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Albertin hatte Rolle gegen Zahlung von 50 Pfg. und einem Glas Bier veranlaßt, in einem Prozeß zu beschwören, daß er und A. an dem in Frage stehenden Tage an einem anderen Orte gewesen seien, als der Gendarm, der die beiden wegen Nichtbeleuchtung ihres Rades angezeigt hatte, angenommen habe.

Majestätsbeleidigung. Das Landgericht Oels hat am 1. September den Gewerkschaftssekretär Fritz Schneidewind aus Berlin wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung wurde in einer in Trachenberg abgehaltenen Maifeierrede gefunden. Das Reichsgericht verwarf am Freitag die vom Angeklagten eingelegte Revision.

Eine ganze Familie zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht von Pontevedra in Spanien verurteilte am Sonnabend nach längerer Verhandlung eine ganze Familie, Mutter und zwei Söhne zum Tode. Die Frau hatte mit Unterstützung ihrer Söhne ihren Gatten im Schlaf ermordet; das Gericht kam zu der Erkenntnis, daß alle drei Personen sich des Mordes schuldig gemacht haben und erkannte demgemäß auf Todesstrafe.

Aus Nah und Fern.

Der Prozeß des früheren Reichstagsabgeordneten Generalleutenant v. Liebert, Vorsitzender des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, gegen den Redakteur des „Berliner Tageblatts“ Max Schröder, der Montag und folgende Tage das Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte beschäftigen sollte, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Als Grund für die Vertagung wird angegeben, daß der Sachverständige, Direktor der Deutschen Bank Geh. Kommerzienrat Helferich erkrankt und infolgedessen verhindert ist zu erscheinen. In diesem Prozeß sollte der Nachweis erbracht werden, daß der Generalleutnant Liebert in seiner Eigenschaft als Gouverneur von Deutsch-Ost-Afrika sich an einer Anzahl Gründungen beteiligt hat, wodurch viele Sparer ihr Vermögen verloren haben.

Das Hochwasser in Ostpreußen. Nach den letzten jetzt vorliegenden Nachrichten steigt das Hochwasser im Mündungsgebiet des Memelstromes jetzt weiter. Ruß steht nahezu völlig unter Wasser. Das nördlich von Ruß gelegene Dzieszekrandt ist aufs äußerste bedroht. In den Mooren östlich von Ruß hat sich die Lage nicht gebessert. Die Bewohner, die wenig Kähne besitzen, befinden sich teilweise auf den von Wasser umgebenen Häusern und sind in verzweifelter Lage. Von Kowno, Rußland, wird ein

halb Ragnit bis Schanzenkrug und bei Ruß sowie in den Strommündungen haben sich die Eisstauungen noch nicht gelöst, wodurch die Gefahr vergrößert ist. In Hendekrug steht der Markt unter Wasser. Bei Minge ist das Hochwasser im Laufe des Nachmittags nicht weiter gestiegen. Das Haff gibt große Wassermengen durch das Memeler Tief ab. Seit Sonnabend früh herrscht ziemlich starker Eisgang. Gewaltige Schollen, die noch die halbe Breite der Haffmündung einnehmen, treiben vorbei.

Ein preußischer Jugendbildner. Ein braver Mann, ganz nach den Wünschen unserer Reaktionäre, ist ein Volksschullehrer in Ratibor, der an einen Tierarzt folgenden Brief schrieb:

Sehr geehrter Herr!
Hochverehrter Herr Doktor!

Ew. Hochwohlgeboren werden gütigst verzeihen, daß der ergebenst unterzeichnete Lehrer N. N. . . . es wagt, eine recht große Bitte Ihnen vorzutragen.

Wie Ew. Hochwohlgeboren vielleicht wissen, mietete der ergebenst Unterzeichnete die von Ihnen bisher innegehabte Wohnung. Da nun die von Ew. Hochwohlgeboren gemietete Wohnung bei Frau P. P. . . schon in voriger Woche renoviert worden ist, so fragt der ergebenst Unterzeichnete hiedurch gütigst an, ob Ew. Hochwohlgeboren nicht etwas vor dem 1. Oktober umziehen könnten und würden, damit in der Wohnung dann die Küche gemacht und Gas eingezogen werden könnte, ehe der Unterzeichnete einzieht. Würden daher Ew. Hochwohlgeboren die große Güte und Liebenswürdigkeit haben, mir in wenigen Zeilen gütigen Bescheid zu tun; damit ich mit dem neuen Besitzer des Grundstücks sprechen könnte, oder würden Ew. Hochwohlgeboren, wenn ein eherer Umzug nicht möglich ist, mir nicht wenigstens zwei Zimmer gütigst freimachen, da ich am 2. früh hier ausziehen muß, so würden Ew. Hochwohlgeboren mich zu größtem Danke verpflichten.

Ganz ergebenst Ew. Hochwohlgeboren bittend gütigst Bescheid zu geben und herzlichst flehend es nicht übel zu nehmen, daß ich so sehr belästige bin ich

mit vorzüglicher Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenster
N. N. . . ., Lehrer,
. . . straße 4.

Was für einen Ekel mag der Empfänger des Briefes verspürt haben, als er die schulmeisterliche Winselei über sich ergehen lassen mußte. Zu bedauern sind nur die armen Jungen, denen der Mann die deutsche Sprache lehrt.

Frischer Auftrieb. Ganz im Sinne der Viehhändler, die frisch eingetroffene Kühe öffentlich anbieten, ist das folgende Inserat in der „Kölnischen Zeitung" vom 3. Februar gehalten:

Heirat.
Habe w. kath. Damen bis zu 1½ Millionen, Güter bis zu 600 Morgen, Hotels, Gastwirtschaften für Herren zum Einheiraten.
C. Ruhoff, Lage i. L.

Und da sage noch einer, daß die Ehen nicht im Himmel geschlossen werden.

Hausbesitzerfrechheit. Unter den Hausbesitzern kann man ohne Mühe wahre Prachtexemplare entdecken. Was sie ihren Mitmenschen zu bieten wagen, das verraten schon die durchweg gebräuchlichen Mietskontrakte. In Zeiten der Wohnungsnot, die ja für kleine Wohnungen fast ständig besteht, steigen die Anmaßungen der Hauspaschas oft bis zur Unerträglichkeit. Was sich so ein Hausbesitzer alles erlauben kann, beweist folgende Notiz der klerikalen „Mülheimer Volkszeitung":

„Auf ein Wohnungsgesuch in einer hiesigen Zeitung lief unter anderem folgende Offerte ein: „Die Bedingung ist aber, daß Sie immer kinderlos bleiben und daß Sie mindestens monatlich 250 Mk. verdienen, da ich nur auf Leute reflektiere, die eines besseren Herkommens sind und wenn möglich auch mit Vermögen. Wenn solches zutrifft, können Sie die Wohnung gleich beziehen."

Daß der Mann ein Einkommen von monatlich 250 Mk. gewissermaßen als Existenzminimum betrachtet, könnte uns ja schließlich wieder versöhnlich stimmen: wir befürchten aber, daß er nicht konsequent bleibt und mit am lautesten auf die Begehrlichkeit der Arbeiter schimpft, wenn sie danach trachten, ihren Lohn auf nur einen Bruchteil obiger Summe zu bringen. Daß er sich aber auch in die allerintimsten Familienangelegenheiten zu mischen erdreistet, ist eine jener Frechheiten, die an den Pranger gestellt werden müssen, um so mehr, als sie von dem Angehörigen einer Kaste ausgeht, die in Staat und Kommune Privilegien genießt unter dem Vorwande, dem Wohle des Ganzen besonders wertvolle Dienste zu leisten.

Schreckenstaten eines Geisteskranken. Eine furchtbare Familientragödie hat sich in der Nacht zum Sonnabend in dem märkischen Dorfe Staffelde bei Kremmen abgespielt. Dort hat der Kaufmann Engel in einem Anfalle religiösen Wahnsinns seine Frau und seine dreizehnjährige Tochter durch Beilhiebe und Messerstiche getötet, seinen fünfzehnjährigen Sohn in gleicher Weise schwer verletzt und sich selbst das Leben genommen. Über die schwere Bluttat erfahren wir folgende Einzelheiten: Engel betrieb in Staffelde ein gutgehendes Kolonialgeschäft. Vor anderthalb Jahren hatte er sich einer religiösen Sekte angeschlossen und sein ganzes Sinnen und Trachten war darauf gerichtet, auch seine Frau und Kinder und andere Leute zum Beitritt zu veranlassen. Seit einigen Monaten trug er bereits ein sonderbares Wesen zur Schau. Es machten sich bei ihm Anzeichen religiösen Wahns immer häufiger bemerkbar. Am Freitag abend hatte Engel eine Versammlung der religiösen Sekte besucht. Als er spät abends heimkehrte, kam bei ihm der religiöse Wahnsinn zum Ausbruch. Er holte sich aus der Küche ein Beil und ein großes Brotmesser und schlich sich damit in das Schlafzimmer, wo er seine schlafenden Frau mit großer Wucht einen Beilhieb über den Kopf versetzte, der den Schädel spaltete. Dann stach Engel blindlings auf die Bedauernswerte ein, die mehrere tiefe Stichwunden in der Brust davontrug und deren Tod wohl auf der Stelle eingetreten sein muß. In gleicher Weise tötete er seine Tochter. Sein 15jähriger Sohn, der durch das Geschrei erweckt wurde und in das Zimmer kam, erlitt zwei Schnittwunden am Halse und Verletzungen an den Händen. Es gelang ihm aber, Schlafgenossen und aus dem Fenster der im Erdgeschoß gelegenen Wohnung zu entkommen. Die von dem jungen Mann alarmierten Nachbarn fanden Frau Engel und die Tochter furchtbar zugerichtet in großen Blutlachen vor in den Betten liegend auf. Auch der Mann wurde tot als Leiche aufgefunden. Der Knabe hatte sich mehrere Schnittwunden am Unterarm und am Halse beigebracht und sich dann in der Waschküche erhängt. Der schwerverletzte Sohn ist nach dem Krankenhause in Nauen gebracht worden.

Der Streikbrecheragent als Totschläger. Deutschland kann stolz sein auf sein organisiertes Streikbrechergesindel. Darum auch rufen die Kulturträger vom Schlage der Westarp und Genossen immer wieder nach erhöhtem Schutz der Arbeitswilligen, nach neuen Drangsalierungen der Arbeiterklasse. Endlos ist die Liste der Untaten, die durch Streikbrecher und ihre Agenten begangen wurden; straflos begangen wurden. Aber das bisherige Betätigungsgebiet wird den Arbeitswilligenagenten und ihrer Ware zu klein. Man beginnt, die deutsche Streikbrecherkultur auf das Ausland zu verpflanzen. Gelegenheit zum Export Arbeitswilliger bietet zurzeit der Buchdruckerstreik in Oesterreich. Mit welchem Erfolg, lehrt das folgende am Sonntag aus Bodenbach eingegangene Telegramm:

„Der Buchdrucker Sollinger wurde heute von dem bekannten Streikbrecheragenten Keiling aus Berlin im Hotel „Stadt Prag" zu Tetschen durch einen Schuß schwer verletzt. An dem Aufkommen des Verletzten wird gezweifelt.

Wer das Vorleben dieses Schützlings des Unternehmertums kennt, konnte keinen Augenblick im Zweifel sein, daß Keiling seine ruhmvolle Laufbahn bei passender Gelegenheit mit einer solchen Bluttat krönen würde. Wahrlich, es ist hohe Zeit, daß das Ausland sich vor der aus Deutschland eindringenden Streikbrecherseuche durch einen Pestkordon schützt.

Schreckenstat in religiösem Wahnsinn. In der württembergischen Stadt Besigheim hat ein junger Mann in einem Anfall von religiösem Wahnsinn seine Eltern überfallen und schwer verletzt. Der 27jährige Weingärtner Wilhelm Saussele schlug dort plötzlich seine Mutter mit einer Hacke auf den Kopf. Die Frau wurde tödlich verletzt. Als der Vater auf die Hilferufe der Ueberfallenen herbeikam und dem Wahnsinnigen die Hacke entreißen wollte, griff dieser zum Messer, wandte sich gegen seinen Vater und stach blindlings auf ihn ein, so daß auch er gleichfalls schwer verletzt wurde. Einigen Nachbarn gelang es schließlich, den rasenden Wahnsinnigen zu überwältigen und der Polizei zu übergeben. Saussele hatte in der letzten Zeit Versammlungen einer religiösen Sekte besucht. Als sich bei ihm die ersten Anzeichen geistiger Störung bemerkbar machten, wurde er in einer Irrenanstalt untergebracht, aus der ihn sein Vater vor zwei Tagen wieder zurückholte, nachdem im Befinden des Kranken eine leichte Besserung eingetreten war. Als er einen Tag zu Hause war, kam der religiöse Wahnsinn bei ihm wieder zum Ausbruch.

! Nie erlahmen !
darf die Arbeiterschaft

in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist die Arbeiterpresse. Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den Lübecker Volksboten zu agitieren!

Studententragödie in den Laubengärten von Hannover. In den Laubengärten am Schnellen Graben hat sich ein Liebesdrama abgespielt. Dort erschoß der zwanzigjährige Student der Rechte Paul Schulze aus Göttingen seine siebzehnjährige Geliebte. Der Student, dessen Vater Gymnasialprofessor in Frankfurt a. Oder ist, hatte mit Schulze mit dem Mädchen ein Liebesverhältnis. Da er in Schulden geraten war, und da auch das Mädchen in mißlichen Familienverhältnissen lebte, beschlossen beide, in den Tod zu gehen. Beim Anblick der Leiche seiner Geliebten verlor der Student aber den Mut, sich selbst zu töten. Er stellte sich der Polizei.

200 Schafe in den Flammen umgekommen. Ein bedeutendes Schadenfeuer, bei dem zahlreiche Tiere in den Flammen umkamen und großer Materialschaden entstand, kam auf dem Gutshof Klosterdorf bei Strausberg zum Ausbruch. Aus bisher nicht ermittelter Ursache brach gegen elf Uhr in dem großen Schafstall in dem über 400 Schafe untergebracht waren, Feuer aus. Da der Brand erst spät entdeckt wurde und die Stalltüren verschlossen waren, blieb den Tieren der Ausgang verwehrt. 200 Tiere sollten in den Flammen einen elenden Tod finden. Ferner verbrannten noch 2000 Zentner Stroh.

Gerettet. Der Eisbrecher „Tarmo" traf bei der Insel Sessor ein und nahm die 500 Fischer mit Pferden und Gerüten auf, die auf einer Eisscholle dorthin getrieben worden waren.

Im Kampf mit Wilderern. Der Förster des Forsthauses bei Straßburg i. E. wurde mit einer Schußwunde im Kopf tot aufgefunden. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß der Förster im Kampf mit Wilderern gefallen ist.

Soldatenselbstmorde. In der Kaserne des 2. Chevauxlegers-Regiments in Regensburg hat sich am Donnerstag abend ein Soldat erhängt. Es ist dies der dritte Selbstmord beim dortigen Regiment innerhalb kurzer Zeit — Was mag die Leute in den Tod getrieben haben?

Teufel Alkohol. Die drei Waldarbeiter Claus, Damm und Werner tranken bei der Holzarbeit bei Rotenkirchen (Obfr.) drei Liter Schnaps. Als sie betrunken waren, gerieten sie in einen Streit, in dessen Verlauf Claus und Werner dem Damm mit ihren Werkzeugen den Schädel einschlugen. Dann gingen sie ruhig nach Hause. Damm wurde zwar noch lebend aufgefunden, er starb aber auf dem Transport in seine Wohnung.

Der verschwundene Haupttreffer. Gegen die frommen Bankiers Oskar und Bernhard Schuler, die jetzigen Inhaber des Bank- und Lotteriegeschäftes Brüder Schuler in München, hat die Polizeidirektion auf Veranlassung des Ministeriums des Innern ein Ermittlungsverfahren wegen des verschwundenen Haupttreffers der Marianum-Lotterie eingeleitet.

9 Personen ertrunken. Nach einer aus Bordeaux eingetroffenen Meldung sind bei dem Zusammenstoß des französischen Postdampfers „Lutetia" mit dem griechischen Frachtdampfer „Dimitri" in der Nähe von Lissabon neun Personen ertrunken, als ein Rettungsboot unterging, in welchem sich fünf Matrosen des griechischen Schiffes, ein Offizier, ein Maschinist und zwei Heizer des französischen Dampfers befanden.

Eine folgenschwere Benzinexplosion ereignete sich in einer Benzinfabrik in Manchester, Kentucky. Das entstandene Feuer nahm einen sehr großen Umfang an, sodaß nach kurzer Zeit die Fabrik selbst und acht benachbarte Häuser vollständig niederbrannten. Den meisten Arbeitern gelang es, sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Sechs Arbeiter wurden getötet und 15 schwer verletzt.

Liebesdrama. Der Schlosser Pape in Essen erschoß die Ehefrau des Feuerwehrmanns Lorenz, mit der er ein Liebesverhältnis hatte, anscheinend mit ihrer Einwilligung; dann erschoß er sich selbst.

Dampfkesselexplosion in Mailand. Ein schweres Unglück hat sich in dem Dorf Agliate bei Mailand zugetragen. In einer Fabrikanlage platzte ein Dampfkessel. Dabei wurden zwei Arbeiter getötet, fünf ringen mit dem Tode und fünfzehn sind schwer verletzt.

Hamlet mit dem Heiterkeitserfolg. Dem „Neuen Weg" (Gewerkschaftsorgan der Schauspieler) entnehmen wir folgende lustige Geschichte: Alexander Liebe gastierte bei einer reisenden Gesellschaft unweit Hannover als Hamlet. Der Direktor, geehrt durch die Anwesenheit eines solch berühmten Schauspielers, hatte das Stück gut probieren lassen und an Ausstattung aufgeboten, was nur zu haben war. Im zweiten Akt war das Zimmer des Schlosses, in dem Hamlet die Schauspieler empfängt, mit einem mächtigen Spiegel geschmückt, den das erste Hotel der Stadt hergeliehen hatte. Liebe hatte sich jede Hilfe des Souffleurs verbeten und so bekam der einen ungewohnt leichten Abend. Wie Liebe begann;

„Nun, Gott geleit' euch! Jetzt bin ich allein,
O, welch ein Schurk' und nieder Sklav' bin ich!"

zog der Souffleur sein Abendbrot gemächlich aus der Tasche, stellte eine Flasche Bier vor sich hin und aß in aller Seelenruhe sein Mitgebrachtes. Im Publikum entstand eine Unruhe, die immer mehr zunahm. Liebe konnte sich die Ursache nicht erklären. Er hörte Tuscheln und Kichern. An seiner Kleidung war doch alles in Ordnung. Ihm blieb nichts übrig, als schnell seinen Monolog zu Ende zu bringen. Als Liebe sich bei den Worten:

„Das Schauspiel sei die Schlinge,
In die den König sein Gewissen bringe!"

nach hinten wandte, sah er im Spiegel den gerade einen Schluck Bier trinkenden Souffleur. Der Hotelspiegel hatte die Vorgänge im Souffleurkasten dem Publikum verraten.

Krause.

Wieder mal im hohen Hause
Wütete der Präses Krause,
Und die Mehrheit hieb, nicht faul,
Stets geübtem Brauch aufs Maul.

Uebler wird es stets und toller
In dem Land der Hohenzoller
Und es mehren sich geschwind
Die, die nicht zufrieden sind.

Dies darf nicht im „Allgemeinen"
Und auch nicht „spezial" erscheinen.
Diese Logik ist bequem,
Wenn ein „Fall" nicht angenehm.

Dazu hat man ja das Klassen-Parlament: um zuzufassen
Und die Ordnung im Geschäft
Legt man aus, wie's gerade trefft.

Hierzu dient dem hohen Hause
Ganz besonders Vize Krause,
Welcher schon vom Namen her
Liberal und populär.

Heiteres.

Die Schicksalsfrage. Gar mancher beneidet die preußischen Geschworenen um die Tagegelder, die ihnen jetzt nach jeder Sitzung ausgezahlt werden. Er wird es nicht mehr tun, wenn er hört, daß eine Berliner Geschworenenbank dafür folgende Frage (ohne zu stocken) beantworten mußte:

„Ist der Angeklagte Werner Krause schuldig, im Dezember 1913 in Berlin-Mitte von dem Vorhaben des Entschlusses, gemeinschaftlich mit einem oder mehreren anderen mit Gewalt gegen eine Person fremde bewegliche Sachen, nämlich eine Handtasche mit Geld, der Verkäuferin Elise Schulzendorf in der Absicht wegzunehmen, sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen, durch Handlungen betätigt zu haben, welche einen Anfang der Ausführung dieses beabsichtigten, aber nicht zur Vollendung gekommenen Verbrechens enthalten, zu einer Zeit, in welcher die Verhütung dieses Verbrechens möglich war, glaubhafte Kenntnis erhalten und es unterlassen zu haben, hiervon der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person zur rechten Zeit Anzeige zu machen?" —

102 Worte! 210 Silben! 710 Buchstaben! Ohne zu stocken! — Und das alles für 5 Mk. Diäten!

„Simplicissimus".

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten"**